

Tr 272

Advertisement box with illegible text and a signature.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 1/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 3.50, pro Jahr M. 13.50. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.92, wo keine Post am Orte. M. 3.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Advertisement box with illegible text.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 49. Breslau, Donnerstag, den 27. Februar 1913. 24. Jahrgang.

Die ländliche Leutenot in Schlesien.

Nachdem der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie beschlossen hat, die Landarbeiterschaft mehr als bisher in die planmäßige Agitation einzubeziehen, und nachdem die Landarbeiterorganisation in der kurzen Zeit ganz anerkannte Fortschritte gemacht hat, dürfte das brennende Problem der ländlichen Arbeiterfrage in ein neues Stadium getreten sein, an dem die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht vorübergehen können. Die gewaltige Umwälzung in unserer Bevölkerungsstruktur, die durch die letzte Berufszählung festgestellt worden ist und die seit 1907 weitere große Fortschritte gemacht hat, hat besonders in der Landwirtschaft tiefe Spuren hinterlassen. Die deutsche Bevölkerung war seit 1882 um 17 Millionen gewachsen, die landwirtschaftliche aber um 2 Millionen zurückgegangen, das ist von 41 auf 27 Prozent. Leider überlagert aber bei einer genaueren Verfolgung der Frage die Reichsstatistik insofern, als die Zählmethoden bei den verschiedenen Aufnahmen nicht einheitlich gewesen sind und besonders die Erfassung von Familienangehörigen als „Arbeiter“ bei der letzten Zählung offenbar in einer recht weitgehenden Weise erfolgt ist. Wie sollte man es sich angesichts der notorisch zunehmenden ländlichen Arbeiternot sonst erklären, daß in der Periode 1882—1895 die landwirtschaftlichen Arbeiter um 320.000 abgenommen, dagegen in der nächsten Periode 1895—1907 um 1,6 Millionen wieder zugenommen haben sollen? Dieses Resultat ist nur dadurch entstanden, daß Hunderttausende von Familienangehörigen, besonders weibliche, die schon früher immer in der ausgiebigsten Weise als Hilfskräfte in der Landwirtschaft tätig gewesen sind, nun einfach als hauptberuflich Erwerbstätige gezählt werden. Die Vermehrung war also nur nominell, zwar hat man die Zahlen größer gemacht, der Personalbestand ist aber im Gegenteil zurückgegangen. Das erkennt man ganz deutlich daran, daß die sogenannten fremden Arbeitskräfte, die Knechte und Mägde, seit 1895 um 386.000 abnahmen, und es ist charakteristisch, daß darunter nur 26.000 Mägde sind. Während die Knechte sich um 34 Prozent verminderten, war das bei den weiblichen Landarbeitern nur zu 4 Prozent der Fall. Am schlagendsten wird die ländliche Leutenot durch den rapiden Rückgang der landwirtschaftlichen häuslichen Dienstboten gekennzeichnet.

In der Provinz Schlesien ergeben die beiden Berufszählungen folgende Sammelziffern der hauptberuflich erwerbstätigen Arbeiter, der speziell weiblichen Arbeitskräfte und außerdem der häuslichen ebenfalls meist weiblichen Dienstboten in den landwirtschaftlichen Betrieben:

	Landwirtsch. Arbeiter	darunter weibliche	häusliche Dienstboten
1895	540.509	236.795	32.647
1907	665.755	453.765	15.886

Schon an der ganz ungläublichen „Zunahme“ der weiblichen Erwerbstätigen, die sich fast ganz aus Familienmitgliedern rekrutieren, und keineswegs ein neues Menschenmaterial darstellen, erkennt man, daß es sich in der ersten Hälfte nur um eine nominelle Vermehrung handelt. Noch deutlicher wird das an dem enormen Dienstbotenverlust, obwohl diese Berufsgruppe in Schlesien ohnehin schon auf das äußerste beschränkt war.

Zusgesamt wurden 1907 in der schlesischen Landwirtschaft 1,25 Millionen Personen beschäftigt. Ueberwiegend, nämlich zu 58 Prozent, waren es weibliche Kräfte. Weil Schlesien vielfach mit Großgrundbesitz durchsetzt ist, spielen die nicht zur Familie gehörenden Fremdarbeiter eine entscheidende Rolle, ganz anders wie im Kleinbäuerlichen Westen; neben 753.000 Familienangehörigen kamen rund 500.000 fremde Arbeiter, das sind 40 Prozent, in Betracht, gegen zum Beispiel 14 Prozent in den westlichen Bezirken Coblenz, Trier und Wiesbaden. Gerade darum ist die landwirtschaftliche Leutenot in Schlesien eine besonders drückende. Dazu kommt, daß aus den intensiv wirtschaftenden kleinen bäuerlichen Betrieben, die ganz auf der Familienarbeit aufgebaut sind, die erwachsenen Familienmitglieder bei dem großen Aufschwung der heimischen und benachbarten Industrie zu dieser in Massen abströmen. Darum werden schon die jüngsten Arbeitskräfte zur Land-, Hof- und Stallarbeit herangezogen, nicht nur nebenbei, sondern so erheblich, daß sie von der Statistik offiziell mitgezählt werden mußten. Wurden doch im Jahre 1907 in Schlesien nicht weniger als 68.419 Kinder unter 14 Jahren (von Familienangehörigen und fremden Arbeitskräften) als „Landwirtschaftspersonal“ aufgeführt. Das Prozent dieser noch schulpflichtigen Landarbeiter ist 5,5, gegen nur 0,9 im Bezirk Düsseldorf oder 1 Prozent im bayerischen Gessen. Selbst in den nördlichen ostelbischen Provinzen ist es nicht so hoch wie in Schlesien.

Die deutsche Landwirtschaft bedarf ihren Bedarf an Arbeitskräften mit nahezu drei Vierteln des ermittelten Personals aus den Familien der Wirtschaftsbetriebe selbst.

mit dem restlichen Viertel ist sie auf fremde Hilfe angewiesen. Diese fremden Arbeitskräfte belaufen sich immerhin noch auf 4 1/2 Millionen Köpfe. Sie stellen die eigentliche landwirtschaftliche Arbeiterfrage dar. Sie ist natürlich bei den einzelnen Größenklassen verschieden. Bei den kleineren Betrieben kommt die Mitarbeit Fremder nur wenig in Betracht. Sie beträgt aber schon bei den mittelbäuerlichen Wirtschaften 26 Prozent, bei den großbäuerlichen 60 Prozent und bei dem Großgrundbesitz sogar 97 Prozent. Neben Klima und Bodenart entscheiden noch Kulturart (Ackerland, Weidewirtschaft, Viehzucht) und Wirtschaftsorganisation (Gadfruchtbau oder reine Körnerwirtschaft) über den mehr oder weniger großen Arbeiterbedarf, und nicht zuletzt die Möglichkeit der Maschinenbenutzung. Die Maschine kann in der Landwirtschaft nie eine ähnliche revolutionäre Bedeutung bekommen, wie in der Industrie. Die menschliche Arbeitskraft wird auf dem Lande immer unentbehrlich sein. Darum sind die Bemühungen, die Landarbeiter auf dem Lande festzuhalten, fortzusetzen. Dieses Ziel hat auch der letzte sozialdemokratische Parteitag ganz klar und deutlich betont. Die Sozialdemokratie wünscht keineswegs eine Entvölkerung des platten Landes; das wäre ja widersinnig. Aber man ist sich im allgemeinen schon heute über die tauglichen und die untauglichen Mittel klar. Zu den tauglichen gehört in erster Linie die Reform der ländlichen Wohnungsverhältnisse, des Landarbeiterrechts und der Entlohnungsart. Alle anderen Versuche, namentlich solche, die auf eine Befestigung patriarchalischer, und darum unmoderner Zustände hingingen, haben sich als verfehlt erwiesen.

Die Situation auf dem Balkan.

Wie die Wiener Blätter melden, antwortete Ministerpräsident Graf Stürgkh einer Abordnung deutsch-böhmischer Parlamentarier auf eine Anfrage über die internationale Lage, es sei begründete Hoffnung, daß in nicht ferner Zeit eine allgemeine Entspannung eintreten werde.

Ein amtliches Kriegsbulletin besagt: Infolge des herrschenden Schneesturmes ereignete sich vor der Tschatalabschaltie, vor Adelnapel und vor Bulair nichts Neues. Es heißt, daß ein türkisches Landungskorps Scharloel besetzt habe, doch steht auch für diese Meldung die amtliche Bestätigung aus.

Der bulgarische General Sawoff kam der Bitte der griechischen Bischöfe von Tschatalabscha und Tschorlu, den aus den Dörfern bei Tschatalabscha geflohenen 700 hungerleidenden Christen Nahrungsmittel zuzuwenden, nach. Er gab den bulgarischen Militärbehörden sofort entsprechende Anweisungen.

Die Vertreter der Großmächte in Bukarest haben, wie von dort gemeldet wird, ihren Regierungen die Verhandlungsnote Rumaniens über die Annahme der Vermittlung mitgeteilt; gleichzeitig hat die rumänische Regierung ihren Befehlenden bei den Großmächten eine Denkschrift über das Mindestmaß der rumänischen Ansprüche zugesandt.

Die griechische Zukunft.

Konstantinopel, 25. Februar. Bei dem Besuche, den der Justizminister dem östlichen Patriarchen abstatte, kam der Minister auf die politischen Fragen zu sprechen und sagte u. a., wie die Blätter melden: Der Balkanbund sei für Griechenland nicht vorteilhaft. Der Bund werde für den Peloponnes verhängnisvoll sein. Der heanäische Fehler werde in väterlicher Zeit zutage treten, wenn ein großer Teil der hellenischen Nation seinen nationalen Charakter, den er sich unter der Herrschaft der Türkei erhalten habe, verlieren werde. Die Strömung, welche die Griechen und die Muselmanen bedrohe, werde die Bewohner der besetzten Gebiete verdrängen. Als der Patriarch erkrankt fragte, warum die Türkei nicht rechtzeitig Schritte getan hätte, um der Beteiligung Griechenlands am Balkanbunde vorzubeugen, erklärte der Minister: Was geschehen ist, ist geschehen. Trachten wir Ägypten und Griechenland wenigstens danach, künftig in Freundschaft zu leben. Die Vergangenheit wird uns nach dem Frieden für ein künftiges Zusammenarbeiten zur Lehre dienen.

Kiamil lebt.

Konstantinopel, 25. Februar. Die Gerüchte, daß Kiamil Pascha in Kairo an einem Schlaganfall gestorben oder ermordet worden sei, werden offiziell nicht bestätigt.

Politische Uebersicht.

Neue Flugmaschinen, neue Fliegerkanonen.

Die Vermehrung der Friedenspräsenz durch Verstärkung der Infanterieregimenter hat die gegebenden Instanzen noch nicht passiert, da melbeten sich schon die nächsten Militärklassen an. Unter Hinweis darauf, daß die Zahl der kriegsbrauchbaren Aeroplane in Frankreich nahezu 700 betrage, verlangt die „Schles. Ztg.“ entsprechende Verstärkungen fürs deutsche Heer:

Für uns gilt es daher, den Vorzügen, den Frankreich aus dem Gebiete des Flugwesens hat, einzuholen und jedem Korps eine Fliegerabteilung anzuschließen, gleichzeitig aber auch Vorzüge zu schaffen, die gegen die Schwächen vorhanden sind, die die Flieger ab-

stigen, die feindlichen Flieger schnell herunterzuholen.

So geht die Schraube weiter! Wo die Mittel herkommen, das sieht diese Sorte Patrioten nicht an, die Hauptsache ist, das militärische Spielzeug ist gut imstande und wir sind insland gesetzt, dem „Feinde“ in Zukunft auch in der Luft das Genick zu brechen, nicht nur zu Wasser und zu Lande.

Reine Wahlen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ beschäftigt sich in Form einer humoristischen Klauerei mit der Tatsache, daß dem Bundesrat seit Wochen ein Antrag zur Abänderung des Wahlreglements vorliegt, und aus der Art, in der das halbhoftische Blatt die Sache behandelt, darf man schließen, daß mit der Annahme dieses Antrages zu rechnen ist. Danach soll in Zukunft für die Reichstagswahlen die Vorschriften erlassen werden, daß Wahlurnen zu verwenden sind, die mindestens 90 Zentimeter hoch und 35 Zentimeter breit sein müssen.

Befähigt sich diese Nachricht, dann ist es also endlich wirklich gelungen, den Widerstand der preussischen Regierung gegen die Einführung einheitlicher Wahlurnen zu brechen. Wird erreicht, daß auch der Wähler des entlegensten ostelbischen Dorfes zur Wahl gehen kann, ohne Furcht, in seiner Stimmabgabe kontrolliert zu werden, so trägt das Verdienst daran die sozialdemokratische Partei, die stets für reine Wahlen gekämpft und mit der Rede des Genossen Richard Fischer zum Etat des Innern den letzten einschneidenden Vorstoß zu Gunsten der einheitlichen Wahlurne gemacht hat. Fischer hat in jener Rede bekanntlich auf Grund amtlichen Materials den Nachweis geführt, daß die vom Reichstag geforderte Einführung einheitlicher Wahlurnen zwar vom Reichsamt des Innern befürwortet, aber vom preussischen Polizeiminister hintertrieben worden ist. Gegen die Nichtigkeit dieser Feststellung ist von keiner Seite ein Einwand erhoben worden, und der Herr von Dalkow hat im Abgeordnetenhaus auf die Aufforderung der Redner verschiedener Parteien, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern, mit nichts anderem zu antworten gewußt, als mit ein paar inhaltlosen Nebenarten der Verlegenheit.

Jetzt, da das Spiel aufgedeckt worden ist, scheint die preussische Regierung keinen anderen Ausweg aus der trüben Affäre zu wissen, als klein beigugehen, und das bisher so sorgfältig gehütete Privileg fallen zu lassen.

Als vor zehn Jahren eine andere Anordnung zum Schutze des Wahlgeheimnisses getroffen, die Wahlzelle eingeführt und das Wahlcouvert eingeführt wurde, waren die Junker noch aufrichtig genug, offen gegen diese Maßnahme Sturm zu laufen. Am 21. April 1903 haben sie im Reichstage nach einem mißglückten Obstruktionsversuch des Freiherrn v. Camp gegen die Vorlage gesprochen und bis auf drei Mann gegen sie gestimmt. Diesmal, als die Einführung der Wahlurnen drohte, wählten sie einen ihnen bequemeren und scheinbar weniger kompromittierenden Weg, indem sie sich hinter die preussische Regierung stellten und die Vorlage von hinten herum zu Fall zu bringen versuchten. In beiden Fällen haben sie gezeigt, daß sie die Kontrollierung der Abstimmung auf dem platten Lande als eine Existenzfrage betrachten. Sie wissen, daß ein großer Teil ihrer Wähler nicht aus Ueberzeugung konservativ wählt, sondern aus Furcht, bei der Abgabe eines oppositionellen Wahlzettels ertrappt zu werden. Nun sind sie selber auf ihren Schlechtwegen ertrappt worden und müssen dem Reichstag und der Reichsregierung ihren Willen lassen — dank der bahnbrechenden Arbeit der Sozialdemokratie.

Wir nähern uns damit endlich dem Punkt, an dem der Vorstoß des Wahlgesetzes, das die geheime Abstimmung vorsieht, Genüge getan sein wird. Aber das Gesetz schreibt nicht nur ein geheimes, sondern auch ein gleiches Wahlrecht vor, es bestimmt, daß auf je 100.000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist, und daß durch besonderes Gesetz, entsprechend der Beschaffenheit der Bevölkerung, eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen werden soll. So lange diese Forderung des Gesetzes nicht erfüllt ist, kann trotz Wahlcouvert, Wahlzellen und einheitlichen Wahlurnen von wirklich reinen Wahlen im Reich nicht gesprochen werden.

Wie in der Frage des Geheimen, erweist sich auch in der Frage des gleichen Reichstagswahlrechts die Sozialdemokratie als die entscheidende Vorläuferin der Gesetzlichkeit, die in diesem Falle, wie in so vielen anderen auch, keinen erbitterteren Gegner hat, als die konservative Partei und ihre Anhänger.

Und doch gibt es kein besseres Mittel, das Zentrum wirklich zu bekämpfen, als die Herstellung reiner Wahlen im Sinne der gesetzlich festgelegten Rechtsgleichheit. Nur der Ungleichheit der Wahlweise verdankt das Zentrum seine parlamentarische Machtstellung, während dieselbe Ungleichheit gerade den Liberalen den überwunden Schwaben zuführt. Es darf daran erinnert werden, daß das Zentrum bei den vorjährigen Reichstagswahlen mit weniger als zwei Millionen Stimmen gleich im ersten Wahlgang 81 Abgeordnete hinzugewann, die nicht bei folgenden Wahlen ab-

rolen aber nur 4, die fast anderthalb Millionen Fortschrittler überhaupt keinen. Nach Abschluß der Wahlen hatte das Zentrum 93 Mandate, der Liberalismus selber 108 Mandate, aber nur 87, obwohl seine Stimmzahl um mehr als die Hälfte größer war als die des Zentrums. Ergänzt sind die Nationalliberalen bisher nicht dazu zu bringen gewesen, für die Wiederherstellung der Reichsgleichheit durch Neueinteilung der Wahlkreise einzutreten. Sie leiden, ohne zu klagen, und sichern den Schwarzblauen einen rechtspolitischen Vorteil in der Hoffnung, dadurch den Vormarsch der Sozialdemokratie aufhalten zu können.

Bei der Beratung der Änderung des Wahlgesetzes im Jahre 1903 fiel vom Regierungsidee die Bemerkung, nachdem die gesetzliche Vorschrift zur Geheimhaltung der Wahl bestehe, müsse sie auch durchgeführt werden. Diese Bemerkung trifft auch auf die gesetzliche Vorschrift der Wahlkreisgleichheit zu und richtet jene, die der Durchführung dieser Vorschrift ihren Beistand versagen, als die Stähler und Geher eines wertvollen nationalen Rechtsgutes. Wer könnte auch Sinn für Gerechtigkeit bei jenen erwarten, die den preussischen Landtagswähler ins Spielverderben der öffentlichen Dreiklassenwahlen hineintreiben und das schamloseste Unrecht für berechtigt erklären, wenn es nur der herrschenden konservativen Partei nützt. Die preussischen Wahlen sind, trotz Ungarn und Galizien, die unfaubersten und korruptesten Wahlen, die es in Europa diesesseits der russischen Grenzen gibt. Wann werden wir in Preußen reine Wahlen erleben?

Wahlprüfungen.

Die ganze Sitzung des Reichstags wurde am Dienstag mit Wahlprüfungen ausgefüllt. Es handelte sich allerdings um ganz besonders interessante Fälle, da die Kommission bei allen drei Wahlen, die zur Verhandlung standen, Ungültigkeit beantragt hatte. Das Haus war dementsprechend auch außergewöhnlich gut besucht, und eine viel größere Zahl von Hörern, als man sie sonst im Reichstag zu sehen gewohnt ist, folgte den komplizierten Rechtsausführungen der Redner, die für und gegen die Beschlüsse der Kommission sprachen.

Bei den Wahlen des Nationalliberalen Kölsch und unseres Genossen Haupt lagen Anträge vor, sie an die Kommission zurückzuweisen. Im anderen Falle, bei der Wahl des ehemaligen nationalliberalen Dr. Beder, der über den Fortschrittler Kroll mit 2 Stimmen Mehrheit gewählt worden war, lag ein Antrag des Zentrums auf Ungültigkeitserklärung vor. Die Wahl des Abg. Kölsch wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums an die Kommission zurückverwiesen.

Eine viel längere Auseinandersetzung gab es über die Wahl des Herrn Dr. Beder. Da war es nun am allmerkwürdigsten, daß die Debatte hierüber von Herrn Dr. Arendt mit ganz eigenartigen Argumenten eröffnet wurde. Genosse Stöbgen machte ihn auch darauf aufmerksam, daß er bei seiner Theorie dazu kommen müßte, für die Gültigkeit der Wahl von Haupt zu stimmen, was aber Herr Dr. Arendt nachher wohlweislich unterließ. Die Genossen Richard Fischer und Dr. David traten entgegen dem Zentrum und der Rechten für die Ungültigkeit ein, die tatsächlich den Willen der Wähler zu seinem Recht bringen würde. Herr Dr. Beder hatte indessen ein unverbildetes Glück, seine Wahl wurde mit einer Stimme Mehrheit für gültig erklärt, und auch dieses unerwartete Resultat verdankte er nur dem peinlichen Kaltgefühl des Genossen Haupt, der sich mit Rücksicht auf seinen eigenen Fall der Abstimmung enthielt.

Eine sehr ausführliche Diskussion gab es über die Wahl unseres Genossen Haupt. Herr Dr. Arendt nahm gerade die gegenständige Stellung ein wie zuvor. Ihn unterstützte der Konservative Dr. v. Beit, während der

Fortschrittler Dr. Neumann-Hofer und die Genossen Reichhaus und Schmitt-Weissen für die Zurückweisung eintraten, die auch in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Morgen ist Schwerin. Zur Debatte gelangt der nationalliberale Antrag über das Submissionswesen und der konservative auf Schaffung neuer kleiner Garnisonen, sowie einmaliger freier Eisenbahnfahrt für die Militärurlaubler.

Die Patrioten von Schöneberg.

Nach Berlin Schöneberg! Die Berliner Genossen gelten als radikal und wenn die nicht mit Herrn Cassel feiern wollten, so gab es Leute, die behaupteten, die „demokratischen“ Sozialdemokraten billigten ihre Haltung nicht. Aber in Schöneberg war es Eduard Bernstein, der mit den Liberalen wegen der Hundertjahrfeier in Konflikt geriet, und Eduard Bernstein steht doch nicht im Geruch des Radikalismus, sondern gehört zu denen, die der gute Bürger gelegentlich gegen die anderen auszuspielen zu können glaubt. Er hat einen Ordnungsruf erteilt, weil er sich ungebührlich über „Könige von Preußen“ ausgesprochen haben soll, und die „Kreuzzeitung“ sagt ihm nach, er habe seinen Haß gegen die Hohenzollernmonarchie in einer Weise zum Ausdruck gebracht, daß ihn darum selbst ein Liebknecht der Jüngere beneiden könnte.

Der sozialdemokratische Redner hat über Friedrich Wilhelm III. ein Urteil gefällt, in dem zahlreiche Historiker, selbst konservativer Richtung, mit ihm übereinstimmen. Er hat die abfällige Kritik seiner Fähigkeiten sogar noch durch die Bemerkung verüßt, er sei ein sympatischer Mensch und nicht schnoddrig gewesen. Dem liberalen Herrn Bamberg aber schwoll sein Preußenherz und mit zornbebender Stimme bedauerte er im Namen aller bürgerlichen Stadtverordneten, daß so über einen preussischen König gesprochen werde. So alleweg gut hohenzollernisch wie Herr Cassel in Berlin ist Herr Bamberg in Schöneberg noch immer, und er redet sich auf und stellt sich schreimend vor Friedrich Wilhelm III., von dem selbst die Herrn Bamberg befreundete „Vossische Zeitung“ am Dienstag Abend, allerdings ohne es offen auszusprechen, zu geben muß, daß er eigentlich die heiße Liebe der liberalen Stadtverordneten nicht ganz verbiert.

Das Pathos der Herren Cassel und Rommjen hat schon reichlich komisch gewirkt. Aber was in Schöneberg nachkam, das war schon eine Groteske. Eine Groteske, bei der man nicht recht weiß, ob man über die Hauptfigur, das liberale Bürgertum, lachen oder weinen soll.

Die Folgen der freisinnigen Taktik.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentral-Wahlvereins von Teltow-Beeskow hat am Sonntag der Genosse Firsch unter dem Beifall der Versammelten erklärt, daß die Freisinnigen, die für die allgemeinen Landtagswahlen keine Gegenleistungen in Aussicht stellen, nicht auf die Unterstützung der Kandidatur Traub in der Stichwahl rechnen dürfen.

Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

Man mag zugeben, daß die Sozialdemokratie Konsequenz vorgeht, aber eine Konsequenz, die zur Wahl eines Reaktionärs auf Kosten eines so entschiedenen Demokraten wie des abgelegenen Pfarrers Traub führt, ist absurd.

Ohne allen Zweifel ist es eine Absurdität, daß von einem Wahlkreis, in dem die Anhänger des gleichen Wahlrechts die Mehrheit der Wahlmänner haben, ein reaktionärer Wahlrechtsfeind in das Abgeordnetenhause entsandt wird. Aber die Sozialdemokratie ist für diese Absurdität nicht verantwortlich zu machen. Die

Schuld fällt einzig und allein auf die Freisinnigen, die nicht einmal den Versuch machen, Gegenleistungen zu gewähren und dieses für die selbstverständliche Sache der Welt halten, daß die Sozialdemokraten sie gegen die Konserverativen herausziehen, ohne von ihnen im gegebenen Falle das gleiche erwarten zu können. Wir sind darauf gefaßt, daß sich nach Traubs Durchfall ein gewaltiges Geschrei erheben wird, die Sozialdemokratie habe einem Reaktionär zum Siege verholfen. Wer aber sich ein einseitiges unbefangenes Urteil bewahrt hat, der wird auch dann einsehen müssen, daß dieser Reaktionär seinerseits nur der freisinnigen Politik verdankt, deren Absurdität niemand wagen wird mit ihrer Konsequenz zu entschuldigen.

Bebel an Mugdan.

Genosse Bebel veröffentlicht im „Vorwärts“ folgenden offenen Brief an Herrn Mugdan:
An den Landtagsabgeordneten Herrn Dr. med. Mugdan hier.

Nach dem Bericht des Vormärts haben Sie in der Sitzung des preussischen Landtags vom 22. d. M. anlässlich einer Debatte über die Bäckereiverordnung geäußert:

„Neben dem ist es auch nicht richtig, daß der Abg. Bebel der erste gewesen ist, der die hygienische Verhältnisse in Bäckereien ausgebeugt hat. Das ist lange vor ihm geschehen.“

Sie würden mich zu Dank verpflichten, wollten Sie mir mitteilen, wie lange vor dem Erscheinen meiner Schrift im Jahre 1890 Mißbräuche in den deutschen Bäckereien ausgebeugt wurden. Meine Schrift war tatsächlich die erste, in der die schrecklichsten Zustände in zahlreichen Bäckereien der verschiedensten Städte an das Tageslicht gezogen wurden, und die so den ersten Anstoß zu der Bäckereiverordnung gab.

Sie lauten weiter: „Herr Bebel hat allerdings eine Broschüre geschrieben, die neben vielem Wahren auch viel Unwahres enthält.“

Ich fordere Sie auf, mir die Unwahrheiten nachzuweisen, die ich in meiner Schrift nicht zugehört haben kommen ließ. So lange Sie mir diese nicht nachweisen, betrachte ich Ihre Behauptung als eine Verleumdung.

Wahr ist, daß nach dem Erscheinen meiner Schrift eine ganze Anzahl Polizeibehörden in vielen von mir genannten Städten an der Nichteinwirkung meiner Anzeigen zweifeln und Untersuchungen anstellten, ob die beschriebenen Zustände vorhanden seien. Das Endresultat war, daß ich nicht zu viel, sondern zu wenig gelagt hatte. Die Wirklichkeit war schlimmer als meine Schilderung.

In der Tat hatte ich die schlimmsten Schmutzereien nicht erwähnt, meine Feder scheute sich, sie niederzuschreiben.

Schöneberg, den 24. Februar 1913. A. Bebel.

Nun dürfen wohl selbst dem vorlauten und naseweisen Herrn die Worte in der Rede stecken bleiben.

Die Sozialdemokratie als treibende Kraft.

In Königsberg i. Pr. hat die Stadtverordneten-Versammlung bereits zweimal beschlossen, die Einkommen von 600 bis 900 Mark von der Kommunalsteuer frei zu lassen. Der Magistrat aber weigert sich beharrlich, diesem Beschlusse beizutreten. In dieser Angelegenheit hat nun der Verein liberaler Arbeiter und Bürger für Ostpreußen den bürgerlichen Stadtverordneten folgenden Schreiben gesandt:

Königsberg i. Pr., den 17. Februar 1913.
Sehr geehrter Herr Stadtverordneter!

In der Angelegenheit der Befreiung der Rentner von der untersten Steuerstufe von der Verpflichtung, in diesem Jahre ihre Steuer zu bezahlen, haben wir uns mit einem Schreiben an den Magistrat gewandt und arbeiten, gemäß dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, an dem wir Sie bitten, unbedingt festhalten zu wollen, die Betroffenen von der Steuer frei zu lassen. Bei den hohen Preisen für Lebensmittel und Mieten ist es gerade den Arbeitern und kleinen Leuten außerordentlich schwer, allen Anforderungen gerecht zu werden. Auch würde die Erhebung der Steuer in der untersten Steuerstufe die Ungerechtigkeit vermehren und der Sozialdemokratie bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen ein willkommenes Agitationsmittel darbieten. Die Sozialdemokratie hofft auf eine Verdoppelung der Anzahl ihrer Mandate in

Agel Halbrosen aber, der sicher und in frischer Eleganz beim Frühshoppen den Vorstiff führte, hatte den Gedanken daran verschoben. Er sah sehr weltmännisch überlegen aus, als er nur zu dem unglücklichen Sekretär hinüberrief: „Nicht wahr, Herr Sekretär, es geschähe Ihnen und Wunder. Das junge Volk geht in die Großstadt und kommt wie ausgewechselt zurück. Die Stiefelbürger aber bleiben hier und werden so trocken wie die Zivetschellen im Sack beim Krämer.“

Der Gerichtsfretter jedoch merkte in sich zusammen und beschloß im Stillen, der neuen Dagmarpartei beizutreten, die sich in Städtchen gebildet hatte und mit der Schönheit Dagmars einen förmlichen Kultus trieb. Wer aber konnte auch wissen, daß die Dinge so kommen sollten? Freigeister und Demokraten hatten sich bis jetzt der neuen Partei angeschlossen; der städtische Ouisider, wie der Zahnarzt, der immer seine eigenen Wege ging; von den Beamten war niemand beigetreten, es sei denn, daß man den neuen Referendar Westphal rechnen sollte, aber der war ohnehin aus Berlin und so nahm ihm niemand etwas abel. Zum ersten Mal in seinem Leben hatte er die richtige Partei getroffen; der Schaden aber sollte noch im Laufe des Nachmittags ausgebeißt werden.

Am Frühshoppen ging ein letztes Lächeln um. Agel war doch sehr überlegen gewesen, als er die Bemerkung machte, und darüber freute man sich.

Dagmar war inzwischen bei der Badeanstalt angekommen. Der Verwalter — ein alter Seemann — dachte zwar sein Teil; er würde aber nicht recht, was er sagen sollte. Es gab kein Befehl, das die Aufsicht über diese Zeit den Damen der Konserverpartei vorbehalten, und überdies machte Dagmar einen so ruhigen Eindruck, daß ihm jedes Gegentende wie verschlagen war. Er gab ihr, was sie zum Baden brauchte, und Dagmar wählte eine Kabine, die etwas abseits lag. Bald sah man sie hinausschwimmen, weit hinaus.

Sie schwimmt trotz ein Fisch, dachte der alte Seemann, und nun kam doch ein zufriedenes Schwimmen — einen so blanken Fisch hatte er sonst nicht unter seinen Gästen.

Unter den Damen entstand selbstverständlich eine nicht geringe Aufregung. Man blühte beständig hinüber, man sah sich gegenseitig fragend an, man ließ sich angefallen und die Frau Apotheker rieferte sich sofort wieder an und ging nach Hause, ohne im Wasser gewesen zu sein. Mit diesem Protest hatte es nun freilich eine eigenartige Reminiscenz. Die würdige Dame hatte nicht die geringste Schmutz nach den Pluten der Ouisider; sie badete nur, weil es allerdings zum guten Tone gehörte, und war selbst, einen so forresten Protest anbringen zu können und dabei um das Bad herumzufragen. Im Übrigen nahm man die Dinge doch sehr von der heiteren Seite. Niemand dachte, die Dinge doch sehr von der heiteren Seite. Niemand dachte, die Dinge doch sehr von der heiteren Seite. Niemand dachte, die Dinge doch sehr von der heiteren Seite.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaufler.
(Nachdruck verboten.)

Das Haus war alt und angesehen, der Hotelier war ein reicher Mann und die Gäste waren Reder, Kapitäne, Politiker und was sonst mit der Schiffsahrt zusammenhing. Eine solide norddeutsche Sophistik lag über dem Ganzen. Dagmar jubelte sich hier zum erstenmal so frisch und gesund wie ein Fisch im Wasser. In wenigen Tagen hatte sie alle Schwächen und alle kleinen Separatwünsche der Gäste empfunden, in wenigen Tagen hatten ihre braunen Augen alle Herzen erobert, in wenigen Tagen war sie die lachende Sonne dieser alten Gasse geworden. Wenn sie am Sonntag mit hinteren Säcken den schwebenden Ausflug auf den Tisch stellte, wenn sie jedem unangeforderten kleinen pikanten Trank brachte, wenn sie besser kochte und kochte als selbst die geübtesten Portweingläser, in denen die Morgenröten spielen, dann war alles wohl, und in Dagmars Augen lagte eine heitere, frohliche Zukunft.

Die Gäste bewunderten am einen fremdenlichen Bild und der Pfleger behandelte Dagmar wie ein verdröhntes Kind. Ein Regen von Geschenken aller Art ging auf sie nieder; wenn die Familie im September nach dem Herbst weiß, fuhr Dagmar im Coupe zweiter Klasse mit; Theaterabende, Konzerte und Landspaziergänge wurden im Winter ihrer lebensstärker Jugend bereitwillig zu Hüfen gelegt; im Sommer wurde sie auf den Bergen in einen Saal der Städtischen Bäder geschickt und es kam so leicht bei Besuchen von der überfälligen Probe nach Hause, der nicht in einem Winkel seines Handbundes etwas hielt, auf dem in unerschöpflichen Jügen der Dame Dagmars gelesene Hand, und gewöhnlich war es gerade das, daß er wie den Stern eines Tages bewachte. Als es jetzt kam, ihr das Bild, zu dem die Worte sie erschaffen hatte, und alle Welt wäre wundernd geworden, wenn sich der Hotelier anders verhalten hätte. Er lag stumm auf seinem Sofa, Dagmar war ein geschäftliches Mitglied, das rechtlich für sie trat. Als er nun das Bild sah, war er nicht länger der Pfleger, er ein Mensch, wie er in seinen Reden noch leben gelassen hatte. Mit seinem Gesicht schaute er auf Dagmar, wie ein Mann, der in die Hand der Frau Dagmars das Leben hat heimlich gebracht, daß sie den großen Schwermut ihrer Gedanken nie vergesse, daß sie in der Welt eine noch edlere Rolle spiele, als er selbst sie gespielt hatte. Das war es, das er nicht mehr vergaß, was man ihm nicht mehr vergaß, was man ihm nicht mehr vergaß, was man ihm nicht mehr vergaß. Das war es, das er nicht mehr vergaß, was man ihm nicht mehr vergaß, was man ihm nicht mehr vergaß.

der Stadtverordneten-Versammlung und würde dadurch im nächsten Jahre viel leichter in der Lage sein, eine Mehrheit für Besatz der Steuern der untersten Stufe zu bilden. Ein solcher Besatz würde später als ein überzeugender Erfolg dieser Partei agitatorisch verwandt werden.

Nicht nur aus faktischen, sondern vor allem aus sozialen Gründen bitten wir dringend, dahin wirken zu wollen, daß die Steuern der untersten Stufe nicht erhoben werden.

Pochachtungsvoll und sehr ergebenst

Der Verein liberaler Arbeiter und Bürger für Ostpreußen.

Der Vorstand. J. A.: Der Vorsitzende, Stolz."

Ohne Sozialdemokratie keinen sozialen Fortschritt! Das beweist wieder einmal so recht eindringlich das „sehr ergebene“ Schreiben der liberalen Arbeiter. Die Furcht vor weiteren Erfolgen der Sozialdemokratie zwingt die Leute zu Zusatzen an die Arbeiterklasse, die sie ihr sonst nie gewähren würden.

Vor dem Disziplinargericht der „freien“ Hansstadt Bremen.

Sonnemann gemahregelt.

Im „liberalen“ Bremen wurde wieder einmal das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten, und zwar von dem mittelalterlich anmutenden Disziplinargericht. Dieses Gericht erkannte am Montag gegen den Lehrer Sonnemann auf Entziehung aus dem Amte, weil er Vorträge vor der proletarischen Jugend gehalten hat.

Der Angeklagte geriet bereits im Jahre 1910 mit den Anführern der Bremer Schulverwaltung in Widerspruch und zog sich eine ernste Mißbilligung und einen Verweis zu. Anstoß erregten auch seine Beiträge, die Sonnemann unter dem Pseudonym „Jürgen Brand“ in der „Arbeiter-Jugend“ veröffentlichte. Er mußte sich sogar eine Hausungung gefallen lassen, die nicht nur einige Jahrgänge der „Arbeiter-Jugend“, sondern auch Briefe mit der Überschrift: — wie schreidst du! — „Genosse“ zutage förderte. Dem Faß den Boden schlugen aber Sonnemanns Vorträge aus, die er im Jahre 1911 in sieben niedererchichtlichen Städten vor der Arbeiterjugend hielt. Er sprach über folgende Themen: „Du Arbeiterjugend, ich grüße dich“, „Zwischen Schule und Kaserne“, „Was sollen wir lesen?“ und „Arbeiter und Natur“. Und darum mußte Sonnemann gefänglich werden! Die Anklagefrist macht ihm zum Vorwurf, daß er „in sozialdemokratischen Jugendversammlungen als Hauptredner agitatorisch für die gegen die bestehende Staatsordnung gerichtete sozialdemokratische Bewegung aufgetreten und damit die ihm als Staatsbeamten obliegenden Pflichten gründlich verletzt“ hat.

Nach langen Verhandlungen entsprach das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts und erkannte gegen Sonnemann auf Entlassung aus dem Dienst, sprach ihm jedoch das Gehalt noch auf ein halbes Jahr zu.

Hier wurde also wieder ein Lehrer, dessen Ehrschicksal höchst wichtig ist, für unwürdig erklärt, sein Amt als Jugendbildner weiter zu verwalteten, und zwar, weil er aus Liebe zur Jugend diese befehlet hat. Ein Staatsverbrechen ist also auch in der freien Hansstadt Bremen, der proletarischen Jugend gegenüber ausüben zu dürfen. Das ist beleidigend für die Arbeiterschaft. Wenn etwas aufpeitschend wirkt, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Arbeiterschaft, so müßte es das Urteil sein, das das Disziplinargericht von Bremen gefällt hat.

Das Urteil findet natürlich die uneingeschränkte Anerkennung der „Post“. Das konservative Schachmacherorgan bemerkt unter der Überschrift: „Ein gerechtes Urteil“ zum Schluß: „Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß derartige Vorkommnisse das Handwerk, unter dem Ledmantel eines Volkserziehers den Unflut zu fördern, unmachtig gelegt werden muß; denn wer die Rolle eines sozialdemokratischen Agitators mit dem Amte eines Jugendberaters zu vereinigen vermag, zeigt, daß er seinen Beruf verfehlt hat.“

Wenn die Post müßte, wie viele verdeckte Parteigenossen sie da noch befechtigen müßte!

Ein preussisches Ausgrabungsgesetz.

Der Entwurf eines Ausgrabungsgesetzes ist dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Danach darf eine Grabung nach Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder naturgeschichtlicher Bedeutung nur inwieweit stattfinden, als dadurch die Förderung der Wissenschaft und Denkmalpflege nicht beeinträchtigt wird. Zum Beamten der Grabung ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten erforderlich. Ein entdeckter Gegenstand ist auf Verlangen gegen Erstattung des Wertes an die Behörden abzuliefern. Die Ablieferung kann nur verlangt werden, wenn Tatsachen vorliegen nach denen zu bezweifeln ist, daß der Gegenstand wesentlich verkleinert wird oder daß er der inländischen Denkmalpflege oder Wissenschaft verloren geht. Die Ablieferung kann nicht mehr verlangt werden, wenn seit der Anzeige der Entdeckung drei Monate verstrichen sind. Die Entschädigung wird durch eine Schätzungskommission festgestellt. Wer die Angelegenheit verleiht, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, wer ausgegrabene Gegenstände zerstört, beschädigt oder besetzt schafft, wird mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft.

Sozialdemokratische Mißwirtschaft. Seit 2 Jahren sieht im Rathaus der russischen Hauptstadt Gera eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit, die in ständiger Arbeit schon vieles nachgeholt hat, was der Schlenker der früheren bürgerlichen Mehrheit verkannt hatte. Da es sich dabei oft um die Durchführung von Aufgaben handelt, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen, so ist es nicht verwunderlich, daß die sozialdemokratische Mehrheit in die Schuhe der früheren bürgerlichen Mehrheit auf jede Verleumdung des Stadtrats, den alle in die Schuhe trifft, verweist hat. Dieser Schwindel wurde aber noch überboten, als der Stadtrat hier bei der Wahl bekannt gab, daß eine Steuererhöhung von 10 Prozent

ndig sei. Das ist die Folge der sozialdemokratischen Mißwirtschaft! So heufen die bürgerlichen Zeitungen und Flugblätter auf, obwohl die Steuererhöhung noch garnicht feststand, daß der Stadtrat merklich über die Höhe der Steuererhöhung noch gar nicht alle Wünsche vorlag. Bis zur Wahl blieb jedoch die Fiktion der Steuererhöhung bestehen und die Gegner schlugen fleißig Kapital daraus. Der Schwindel fand auch in auswärtigen bürgerlichen Kreisen freundliche Aufnahme. Aber trotz der Hege, trotz der Verleumdung wurden 9 Sozialdemokraten und nur 4 Bürgerliche gewählt. Die sozialdemokratische Mehrheit bleibt auch künftig im Verhältnis von 22 zu 17 bestehen. Und jetzt, drei Tage nach der Wahl, gab der Stadtrat dem Gemeinderat bekannt, daß mit einem Mehrschuß von 362.000 Mark gerechnet werden kann! Das ist der höchste Mehrschuß, der in Gera jemals erzielt worden ist! Der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft zerbricht in eitel Dummheit.

Unsere Genossen sehen dem Stadtrat wegen seines Verhaltens hart zu, durch das er dem bürgerlichen Wahlschwindel Vorlauf gestiftet hatte. Der Oberbürgermeister beteuerte zwar, daß dem Stadtrat diese Absicht ferngelegen habe, er mußte aber zugeben, daß dem Stadtrat die Höhe des Mehrschusses schon vor der Wahl bekannt war. Aber diesmal hat er man es eben nicht so eilig gehabt, die bürgerliche Presse, die sonst alles brüßwamts erfährt, zu belügen.

Für die Gegner, die mit dem Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft überzert hatten, bedeutet dieser Ausgang eine Dörfelge, die sie rüchlich verdient haben. Dieser Ausgang wird aber kaum verhindern, daß der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Gera noch irgendwas und irgendwann herhalten muß. Darum sei er hier schon im Voraus abgeferigt.

Nationalliberale Wahlparole in Baden. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Karlsruhe gemeldet: In der Sitzung des engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei wurde auch die Laizik bei den kommenden Landtagswahlen erörtert. Die Mehrheit der Vertreter sprach sich für einen Großblock im ersten Wahlaussatz aus. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wurde auf später vertagt.

Verstärkung der Schutztruppe. Bei der Weiterberatung des Kolonialrats in der Budgetkommission des Reichstags kündigte der Staatssekretär eine weitere Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun an. So seien jetzt Nachrichten eingetroffen, daß ein neuer Stamm im neuen Gebiete sich wenig freudig zeige. — Genosse Klose er nahm aus dieser Erklärung, daß wahrscheinlich in Kamerun recht bald mit kriegerischen Entwicklungen zu rechnen sein würde. In Kamerun sei man stets sehr schicklich gewesen, wie die Erfahrung gelehrt habe. — Der Staatssekretär erklärte, die Offiziere hätten strenge Anweisung, Zwischenfälle zu vermeiden, auch sollten keine Angriffe nicht gleich mit kriegerischen Aktionen beantwortet werden.

„Ad wer den Deubel duhn.“ Der Kaiser hat seine Landwirtschafterrede in Gegenwart des Herrn v. Oldenburg-Januschka gehalten, und Herr v. Oldenburg wohnt nicht weit von Kadinen. In der „Welt am Montag“ erzählt Hans Leub folgendes Distörchen, das seit Jahren umgeht:

„Vor Jahren, als Herr v. Lucanus noch lebte, soll dieser einmal zu v. Oldenburg-Januschka gekommen sein, um mit ihm über die Wirtschaft auf Kadinen zu beraten; ob der Verwalter wohl „etwas taugt“; der Kaiser müsse so viel zu sehen. Der v. Oldenburg soll den Verwalter über den arünen Klee aerühmt haben, obwohl in der ganzen Gegend bekannt war, daß der wirklich „nichts taugt“. Herr v. Oldenburg soll buchstäblich diesen Bergang mit dem Zufall erzählt haben: „Ich wer den Deubel duhn und da auch noch gut talent! Wenn in Kadinen auch noch Geld verdient wird, dann ist's nichts mit dem Sieben-Mark-fünfzig-Joll!“

Man sieht, wie die Herren den Kaiser informieren und wie sie dabei ihr Schälchen leeren.

Weiterer Rückgang der Fleischpreise. Im Monat Januar in die Ernährung von ausländischem Fleisch und Vieh weiter zurückgegangen. Frühes Rindfleisch, das zumeist aus Dänemark kommt und von dem noch im November 42.000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30.853 Doppelzentnern. Auch die Einfuhr von russischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen; sie belief sich auf 43.000 Doppelzentner gegen 48.000 im Monat Dezember. Hier sind die Niederlande die Hauptlieferanten mit 24.000 Doppelzentnern, während aus Rußland nur 11.000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen, sie betrug 17.346 Stück gegen 19.228 Stück im Dezember. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das ober-schlesische Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas geblieben, sie hat aber den Stand vom Monat November nicht mehr überschritten.

Ausland.

Die französischen Rüstungen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 28. Februar: Ein Teil der bürgerlich-radikalen Presse Frankreichs, die nach dem Eintreffen der Nachrichten über die ungewissen deutschen Rüstungen, die bevorstehen, sich im ersten Anblick der Verblüffung von dem Anglistammel mitrorreißten ließ, und den weitgehendsten Gegenmaßnahmen zustimmte, kehrt langsam wieder zur Besonnenheit zurück. In den Vordergrund aller Forderungen wurde bekanntlich von der gesamten reaktionären und gemäßigten Presse die Rückkehr zu dreijährigen Diensten gestellt. Das „Echo de Paris“, dessen einer Korrespondenzen seit einigen Tagen im Desirium geschrieben zu werden scheinen, hat bei einer großen Anzahl von Generälen außer Dienst eine Rundfrage veranlaßt und ausnahmslos die Antwort erhalten, daß die dreijährige Dienstzeit unbedingt notwendig wäre. Der „Temps“, der als erstes Blatt diese Parole ausgab, versucht diese „sachmännischen Zeugnisse“ natürlich weitlich auszubehnten, dagegen hat nun ein anderer Fachmann, der General Vercin, in der radikalen „Aurore“ einen Feldzug gegen die dreijährige Dienstzeit begonnen, der andere radikale Blätter veranlaßt, ihm Recht zu geben. In der Propaganda für die dreijährige Dienstzeit steht Vercin eine ständige Rückkehr der alten militärischen Auffassungen gegenüber der Idee des bewaffneten Volkes. „Das dritte Jahr“, schreibt die „Aurore“, „ist das des Antimilitarismus, das bei den Soldaten das patriotische Gefühl erstickt“. In der Regierung selbst, in der anfangs eine Strömung zugunsten der Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit vorhanden war, ist man inzwischen zu einer anderen Auffassung der Sachlage gekommen, so daß es unwahrscheinlich ist, daß bei den Militärvorlagen, die zu erwarten sind, ein Antrag auf die dreijährigen Diensten der Dienstzeit vorzuzuziehen werden. Die gewählten Neuzugaben werden sich wohl auf den inneren Ausbau und die bessere Ausrüstung des vorhandenen Bestandes beschränken.

Drohung eines Justizmordes an 12 italienischen Arbeitern. Dem „Agnoni“ wird aus Padua (Nem Jern) geschrieben, daß sich die dortigen Behörden anheben, einen Streik von italienischen Arbeitern einzurechtigen. Die Streikenden sind mit der italienischen Polizei bedroht. Im Dezember 1911 sind die Arbeiter von Padua wegen eines Lohnstreiks in die Gefängnisse gekommen, um die Verhandlungen, vordringend unorganisiert

italienischer, einzuschließen. Am 11. Dezember kam es bei dem Versuch der Gesellschaft, unter Bedeckung ihrer Privatpolizei Streikbrecher einzuführen zu einem blutigen Konflikt, bei dem zwei Polizisten getötet und sechs verwundet wurden. Auf diesen Konflikt folgten zwei Tage Mute, weil die Polizei Verhaftungen erwartete; in dieser Frist verließen die an der Sache beteiligten Arbeiter unbehelligt den Ort. Nach zwei Tagen erschien die Privatpolizei wieder auf der Bildfläche und verhaftete wahllos. Obwohl es auf der Hand liegt, daß die, die etwas auf dem Ackerbau hatten, sich davon gemacht, ein Prozeß wegen Mordes eröffnet, wobei alle 12 als Urheber des Mordes angeklagt sind. Die Voruntersuchung strotzt von Willkür. Die Privatpolizei der Gesellschaft geht im Verborgenen aus und ein, um bei der Hauptverhandlung die Angeklagten identifizieren zu können. Die amerikanischen Sozialisten des Ortes nehmen sich der Angeklagten in jeder Weise an und haben ihnen Rechtsanwältinnen gestellt. Der Fall wird auch in der italienischen Kammer zur Sprache gebracht werden.

Der Generalfreik in Budapest wird wahrscheinlich nächsten Montag oder Dienstag zum Ausbruch gelangen. In diesem Laie sollen nämlich die Verarverhandlungen des Wahlreformgesetzes beginnen. Die sozialdemokratische Parteileitung hat in einer mit den Vertretern der oppositionellen Parteien abgehaltenen Beratung beschlossen, im Kampfe gegen Dulacs mit der oppositionellen Parteien solidarisch vorzugehen.

Hausungung beim Grafen Batocki. Laut Blättermeldungen wurde das Schloß des Grafen Batocki in Wolgatin nachts von 200 Kosaken besetzt. Eine Abteilung Gendarmen und Polizei nahm sodann im Schloße eine strenge Hausungung vor, die jedoch vollständig resultatlos verlief. Die Hausungung war durch eine Anzeige veranlaßt, daß Graf Batocki unter dem Deckmantel einer freiwilligen Feuerwehr-Revolutionstruppe organisierte.

Die sozialdemokratische Dumafraktion unter Polizeiaufsicht. Wie unsere Genossen in der Duma von der Polizei auf Schritt und Tritt beobachtet werden, geht aus folgendem Vorgang hervor. Einige Mitglieder der Dumafraktion beluhten vor ein en Tagen Kellingsfors, wo sie den finnischen Landtag aufsuchten und der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags einen Besuch abstatteten. Auf Schritt und Tritt wurden sie von einer Armee von Spionen verfolgt, und selbst als die Abgeordneten zwei Automobile nahmen, rasten sie in Droschken hinter ihnen her. Auch in Wiborg wurden die Genossen von den Spionen belästigt und sogar von der Polizei, die hier aus russischen Kreaturen besteht, aufgeschrieben.

Die mexikanischen Wahlen. In der Stadt Mexiko wird die Proklamation der Militärdiktatur erwartet. Als Präsidentkandidat wird Felix Diaz aufgestellt werden. De la Barra soll Minister des Inneren werden. Als Gegenkandidaten werden gegen Diaz Rodolfo Reyes, der Sohn des Generals Reyes, der bei dem Antritt auf den Nationalpalast getötet wurde, und Vasquez Gomez auftreten. Die Wahlen soll n sofort nach Wiederherstellung des Friedens beginnen, die Wahlkampagne ist bereits eingeleitet worden.

Maderos Ende. Nach einer Depesche von Mexiko behauptet „El Noticio“, ein unabhängiges Blatt, das nicht einmal der Schein eines Heberalls auf die Automobile, in denen Madero und Suarez abgeführt wurden, gemacht worden ist. Der Präsident und Suarez seien einfach gegen die Mauer hinter dem Gefängnis gestellt und niedergeschlagen worden. Präsident Madero soll nur einen Schuß in den Kopf erhalten haben, aber Suarez sei eine Menge Schußwunden auf.

Preisnotizen der russischen Markt-Notierungskommission.

Ware	Brestau den 25. Februar		Bra 100 Kilogramm		geringerer Sorten	
	hoch.	niedr.	hoch.	niedr.	hoch.	niedr.
Weizen, weißer	19 10	18 20	18 10	17 20	17 10	16 50
Weizen, gelber	19	18 10	18	17 10	17	16 70
Woggen	16 10	15 50	15 50	15	14 90	14 40
Brangste	17	16	16 50	15	—	—
Gerste	15 70	15 40	14 80	14 50	14 40	13 70
Hafer	15 90	15 60	15 50	15 20	15 10	14 60
Victoria-Größen	26	24	23	22	21	20
Erbsen	21 50	21	19 50	18 50	18	17 50
Winterraps	26 70	—	25 30	—	25 70	—

Gen. ver 100 Rgr. neues 6 89—7 10 ML.
Gen. stroh ver 100 Rgr. 4 80—5 80 ML.
Weizenstroh 100 Rgr. 3 20—3 50 ML.

Brestlau: Weizenmarkt. Weizen ruhig, per 100 Kilogramm laff. Gd brutto Weizenmehl 00 n. n. 27,00—27,50 ML. Roggenmehl 00 ruhig, 24,00—24,50 ML. Weizenmehl 00 ruhig, 24,00—24,50 ML. Weizenmehl 00 ruhig, 24,00—24,50 ML. Weizenmehl 00 ruhig, 24,00—24,50 ML.

Aus der Geschäftswelt.

Am Konfirmationstag möchte die Hausfrau ihren Angehörigen und Gästen einen wirklich schmackhaften Kuchen vorlegen. Das Kuchenbacken wird aber zu einer teuren Sache, wenn die Hausfrau meint, unbedingt Rohbutter verwenden zu müssen. Sie kann viel Geld sparen, wenn sie an Stelle der heute so teuren Rohbutter das aus Pflanzenölen hergestellte Produkt Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) nimmt. Das nur etwa halb soviel kostet wie Butter. Dabei läßt sich bei Verwendung von Palmona nicht nur die gleiche Schmackhaftigkeit erzielen, sondern der Kuchen bekommt auch eine schöne, gleichmäßige braune Farbe, wie sie selbst beim Gebrauch von Butter nicht besser erreicht werden kann.

VERA
3 Pfg Cigarette

Morgen Donnerstag: Gewerbegerichtswahl in Breslau!

Die Arbeiter wählen von 5¹/₂ bis 8¹/₂ Uhr abends, die Arbeitgeber von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Februar.

Wen wählen wir?

Diese Frage haben morgen Donnerstag die Gewerbe-gerichtswähler zu entscheiden. Auf drei Jahre sind von ihnen die Richter für das Breslauer Gewerbegericht zu wählen, die mit als Richter über die Klagen der Arbeiter und Unternehmer gegeneinander zu entscheiden haben. Es ist also ein wichtiges Amt, das morgen vergeben wird. Keinem Gewerkschaftler und Genossen darf deshalb die Frage gleichgültig sein: Wer soll Richter werden?

Für die organisierten Arbeiter und die fortschrittlich gesonnenen Unternehmer können nur die beiden Listen des Gewerkschaftsartikels der freien Gewerkschaften in Frage kommen. Seit mehr als 20 Jahren hat es Klassenbewußte in Breslau, die das Gewerbeamt beim Breslauer Gewerbegericht inne haben. Sie haben sich bewährt, was selbst die Gegner anerkennen; dasselbe gilt auch von den Unternehmerrichtern, die bereits vor Jahren vom Gewerkschaftsartikel vorgeschlagen und gewählt wurden.

Für alle Gewerbegerichtswähler kann es darnach nur heißen: Wir wählen die Liste des Gewerkschaftsartikels der freien Gewerkschaften. Die Liste 1 für die Arbeitgeber, die das Artikel empfiehlt, beginnt mit dem Namen Alexander, die Liste 2 der Arbeiter mit dem Namen Rudolf. Darauf ist von allen Wählern genau zu achten. Stimmsettel werden vor den Wahllokalen ausgegeben.

Gewerkschaftler, Genossen! Die Wahl am Donnerstag muß mit einem glänzenden Siege der frei organisierten Arbeiter enden. Mehr als je wollen alle Schaffmacher und Zirkler gegen die aufstrebenden, nach Brot und Freiheit verlangenden Arbeitermassen. Da gilt es, unentwegt zur Fahne zu halten und der Unternehmerrückwärts alle Kraft der Organisation entgegenzusetzen. Tragen wir auch bei der Gewerbegerichtswahl, daß wir mehr und unaußfalltamer vordringen.

Die Beratungen

über den Stadthaushaltsplan für 1913.

Der Etatkommission der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner Sitzung am Dienstag die Haushaltspläne folgender Verwaltungen vorläufig festgestellt: Wasserwerke, Wasserversorgung, Spielplätze, Gartenverwaltung, Parkwälder, Pfasterungen, Bauverwaltung, Bauhof, Gemeindefriedhöfe, Präter, Dillauer-Sitzung und Arbeitshaus. Bis jetzt hat damit der Ausschuss 32 Einzelpläne erledigt, also etwa die Hälfte aller Vorschläge.

Bei den Spielplätzen sind 7000 Mark für eine Spielwiese im Odevorlande am Bahnhofswege zwischen Pfaffenbrücke und Fußschleuse gestrichen worden.

In der Aussprache über die Gartenverwaltung wurde angeregt, ein Palmenhaus zu errichten. Nach dem Klärungsprotokoll soll auch die Forstbedarfsfrage in diesem Jahre neu gepflastert werden. Der Ausschuss lehnte das ab, ebenso aber den sozialdemokratischen Antrag, dafür die Friedrich-Karlstraße nicht 1914, sondern schon 1913 mit neuem Pflaster zu belegen. Im Etat des Arbeitshauses wurde unter einmalige Ausgaben 8000 Mark hinzugefügt, weil die Ausnahme von etwa 80 einmündigen Trinker und Nahrungsmittel-Verleßern bedeutende Mehrausgaben verursacht.

Die Gasfernheizung

ist bereits vor Jahren in verschiedenen Stadtbezirken mit gutem Erfolge eingeführt worden. Bis jetzt hat die Stadt dafür zusammen 75.000 Mk. ausgegeben.

Das Gebiet, in dem die öffentlichen Straßenlaternen mit Fernzündern ausgerüstet worden sind, umfaßt gegenwärtig folgende Stadtteile: Die Ohlauer Vorstadt, begrenzt von der Tschannenstraße, dem Stadtgraben, der Gartenstraße und der Ober-Schlesischen Eisenbahn, einschließlich der Feuerstraße bis zur Stobitzgasse, den Weidenbäumen und Morgenau, Schellenig, Lebersteil, die Scheininger Vorstadt zwischen der alten Oder, Tiergarten- und Waldbergstraße mit der Scheininger- und Tschannenstraße, sowie die ganze innere Stadt zwischen Stromoder und dem Stadtgraben mit der Matthiasinsel und Matthiasbrücke.

Im Dezember 1907 wurden die ersten Fernzündler probeweise in Betrieb gesetzt. September 1908 waren 144 Lampen mit Fernzündern versehen. 1909 und 1910 wurden keine neuen Fernzündler aufgestellt. 1911 und 1912 wurden je 850 Fernzündler eingebaut. Zurzeit sind 2460 einsamige und 117 zweisamige Fernzündler für 2694 Gaszähler in Betrieb, die von 9 Röhren und 8 Kesseln in Betrieb sind und beobachtet werden. Außerdem sind noch teilweise die beiden Schloffer der öffentlichen Straßenbeleuchtung bei der Befestigung der Verlager und beim Aufheben der Müllkörper mit tätig. Die Ausgaben an Röhren usw. für diese Bedienungsmannschaften betragen gegenwärtig jährlich 21.500 Mark. Für Bedienung der gleichen Anzahl Lampen (2694) ohne Fernzündler müßten dagegen, wenn auf je 80 Lampen (höchster Durchschnitt) 1 Palettenwärter gerechnet wird, 89.850 Mark aufgewendet werden.

Da sich die Fernzündung auch in anderen Großstädten, zum Beispiel Köln und Charlottenburg in größerem Umfange bewährt hat, beschloß der Magistrat im vollen Einverständnis mit der Betriebsabteilung, die Fernzündung, die sich hier weiterhin gut bewährt hat, mit größerer Beschleunigung in den noch nicht mit ihr versehenen Straßen einzuführen. Die dazu erforderlichen Ausgaben von rund 300.000 Mark will die Verwaltung einstweilen vorläufig aus dem Beständen der Kammerkasse decken, und alljährlich in Raten von mindestens 50.000 Mark auf den Haushaltsplan der Straßenbeleuchtung übernehmen.

In den Haushaltsplan für 1913 sind 50.000 Mark für diesen Zweck eingestellt. Die Fernzündung soll zunächst in dem Stadtteil zwischen Stromoder und der alten Oder vollständig eingeführt und alsdann auf die gesamte Südvorstadt ausgedehnt werden.

Die Säle des Gewerkschaftshauses sind in vier Wochen gebrauchsfähig und stehen dann für Versammlungen und Vergnüngen zur Verfügung. Im April sind noch einige Sonntagsabende unbesetzt und auch für Matränchen sind noch einige Abende frei. Die Verwaltung bittet, Versammlungen rechtzeitig angemeldet und soweit möglich bis zur Eröffnung des Saales zu verschieben. — Die Beschäftigten müssen während der Legung des Parkettfußbodens unterbleiben.

Zur Ausschmückung des Gewerkschaftshauses. Die Mitglieder der aufgelösten Unterstufungsklasse für die Abteilungen I und II der ehemaligen Dolmannschen Waggonfabrik (Poltestraße) haben zur Ausschmückung des Gewerkschaftshauses 100 Mark gestiftet. Die beteiligten Arbeitern alle Anerkennung für diese Spende. Wir können nur wünschen, daß sie recht oft nachgeahmt wird.

Die Verwaltungsräume der städtischen Gaswerke auf dem Leisingplatz werden vom Magistrat als unzureichend erklärt. Gegenwärtig sind dort die Kasse der städtischen Betriebswerke, sowie die Rohrnetzbetriebsinspektion mit ihren Verwaltungen, Lagerhäusern und Lagerplätzen untergebracht. Die Zahl der von der Kasse zu bearbeitenden Konten der Abnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sei von 90.000 im April 1910 auf gegenwärtig 180.000, also um 44 Prozent in 2 1/2 Jahren gewachsen. Besonders werde die erhebliche Vermehrung der Mängelanträge die Einstellung technischer Hilfskräfte für die Rohrnetzbetriebsinspektion wie auch von Kassenbeamten erforderlich machen. Für den Geschäftsbetrieb der Kasse, besonders für das die Kasse ausführende Publikum sei es nun überflüssig, daß die Buchhalterei in zwei getrennten Gebäuden und in diesen wiederum in mehreren Zimmern verteilt sind. Die Einziehung von Mieträumen wäre ganz unangebracht. Es soll deshalb für 50.000 Mk. ein Umbau an einem der Verwaltungsgebäude hergestellt werden. Der Umbau soll zur Aufnahme sämtlicher Buchhalterei und auch der abstellenden Räume ausreichen sein. In die durch den Umbau frei werdenden bisherigen Kassenträume soll das technische Bureau der Rohrnetzbetriebsinspektion verlegt werden, das zurzeit in einem Privatgrundstück eingemietet ist.

Auf, zum Frauentag!

Montag, den 3. März, abends 8 Uhr, wird in dem großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Westendstraße, der diesjährige Frauentag abgehalten. Als Rednerin kommt die Genossin Frida Wulff aus Berlin, die kürzlich zur schlesischen Parteisekretärin gewählt worden ist. Genossinnen, sorgt schon jetzt für guten Besuch!

Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie.

Auf der Hygiene-Ausstellung in Dresden im vorigen Jahre wollte der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands die Arbeitsgefahren in der chemischen Industrie darstellen und die Mittel und Wege vorführen, die zur Bekämpfung und Vermeidung dieser Gefahren dienen. Durch das Verhalten der Ausstellungsgesellschaft, die nicht zulassen wollte, daß die Ausstellung diesem Zweck dienlich gemacht werde, sondern lediglich den Unernstmerkwürdigen einreden sollte, daß auch auf diesem Gebiete Deutschland in der Welt voran ist, wurde die wahrhaft soziale Tat des Verbandes vereitelt. Da aber vom Verband der Fabrikarbeiter bereits das gesamte Material zusammengetragen war, beschloß der Vorstand, dieses Material nicht nur seinen engeren Berufskollegen, sondern auch der Allgemeinheit durch eine ausführliche Broschüre, verfaßt von H. Schneider in Hannover zugänglich zu machen. Dem Herrn Schneider dienen auch die Lichtbilder der Ausstellung des Vortrages des Hauptvorstandes Genossen Buch in Hannover.

In unserer Provinz war der erste Vortrag am Sonnabend vor den Arbeitern von Deutsch-Lissa, der überaus gut auch von Frauen und Mädchen besucht war. Am 24. Februar sprach Genosse Buch vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft in den Breslauer Anna-Sälen. Aufmerksamkeit und ergreifen folgten die Anwesenden den erschütternden Darlegungen, die von über 100 Lichtbildern ergänzt und veranschaulicht wurden.

Ausgehend von dem Hinweis der geradezu unerhörten schnellen Entzündung der chemischen Industrie, mit ihren unendlich hohen Dividenden einerseits, den höchsten Unfallsraten, langer Arbeitszeit und niedriger Entlohnung andererseits, zeigte der Redner die geeigneten Schutzmaßnahmen, die im Interesse der beschäftigten Berufskollegen unbedingt gefordert werden müßten. Eine Reihe von Bildern führte entsetzliche Verbrennungen im Gesicht und an den Händen der Arbeiter vor, wie sie bei Behandlung von Säuren leider sehr oft vorkommen, da sich die Arbeiter bei unhöherer Dividenden unbedingten Gefahren für gezielte Transportgefahre zu fügen. Nicht minder schmerzhaft sind die Verletzungen bei Explosionen von Benzol, Äther, Natrium etc., die auch durch geeignete Schutzvorrichtungen auf ein geringes zurückgeführt werden könnten, wobei außerdem zu fordern sei, daß die Verletzten die Arbeitgeber zwingen, auch bei ihren Beschäftigten über die Gefährlichkeit der zu behandelnden Stoffe aufzuklären, damit die Arbeiter sich auch selbst mehr in acht nehmen könnten.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging der Redner von den Unfallsgefahren zu den sogenannten Gewerbekrankheiten über, die die Gesundheit der Arbeiter durch langames Untergang nicht minder schwer schädigen. Dabei sind die Arbeiter dank der bekannten „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums viel schlechter gestellt, als bei eigentlichen Unfällen, da bei dauernder Erwerbslosigkeit dann statt der höheren Unfallrente lediglich die armselige Invalidenrente gezahlt werde. Die verheerendsten Staubarten beim Verpacken von Farben erzeugen Geschwülste am ganzen Körper, zerfressen die Nasenschleimhäute und vernichten Zähne und Gummien, während bei dauernder Beschäftigung mit Blei die bekannten Lähmungserscheinungen auftreten.

Zum Schluß erläuterte der Redner die wichtigsten Schutzmittel: Gezielte Maximalarbeitszeit für alle in chemischen Betrieben Beschäftigten und ein noch kürzerer sanitärer Arbeitstag für die besonders gefährdeten Personen. Weiter seien zu fordern menschenwürdige Wohnungsverhältnisse und ausreichende Unterernährung schützende Röhre. Alle diese Forderungen könnten jedoch nur durchgesetzt werden, wenn sie sich die Arbeiter selbst erkämpfen durch einen starken mächtigen Verband. Mit einem lebhaften Aufschrei, dem Deutschen Fabrikarbeiter-Verbande beizutreten, schloß Genosse Buch seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dekorationsmaler

und Innungsmeister.

Am Mittwoch ist in den Räumen des Schiedsverders die „Walterwoche“ des 25. schlesischen Maler-Verbandes eingeleitet worden. Obgleich unserem Blatte keine besondere Einladung zu dieser Veranstaltung zugegangen war, machte ich mich dennoch auf den Weg, um die Ausstellung zu besichtigen und als Vertreter der „Volkswacht“ den Verhandlungen beizuwohnen. Bekanntlich schweben zurzeit Verhandlungen im Malergewerbe, um einen allgemeinen Reichstakt zum Abschluß zu bringen, und als legitimer Vertreter der zum Abschluß dieser Verhandlungen die in Aussicht stehenden Tagungen unsere besondere Aufmerksamkeit erwecken. Andererseits interessiert uns aber auch die Ausstellung; soll doch auch den heute geltenden Anschauungen die Güte der hier zur Schau gestellten Objekte zeigen, daß die Herren Innungsmeister bzw. die Innungs- und Lehrschulen auf dem Wege der Lehrlingsausbildung auf der Höhe stehen. Auf den Gedanken, daß man uns als Vertreter einer solchen Tageszeitung den Zutritt verweigern würde, sind wir unangenehm überrascht, als es bei Kongressen und Innungsberatungen der Arbeiter als die selbstverständliche Pflichtenpflicht gilt, auch geeignete Blätter einzuladen. Es müßte sehr faul um unsere Sache stehen, wenn wir zu solchen heiligen Schranken greifen müßten. Doch zu dieser allgemein üblichen Klaffe hat's bei unseren schlesischen Malermeistern nicht gereicht. Als ich mich als Vertreter der „Volkswacht“ auswirkte, wurde mir rundweg der Eintritt verweigert. Erst nach langen Verhandlungen gestattete man, daß ich mir gegen Zahlung einer Mark die Ausstellung ansehen dürfte. Zufällig hörte ich noch die Eröffnungsrede unseres Oberbürgermeisters Mattinger u. a. den Wunsch auszusprechen, daß bei den Tarifverhandlungen ein Ausgleich gefunden werde, der alle Teile be-

friedigt. Weiter führte er dann aus, daß gerade das Malerhandwerk von der modernen Entwicklung unberührt geblieben — eine Bemerkung, deren Wahrheit (im anderen als den beabsichtigten Sinne) ich soeben erfahren und von der ich durch die Beschäftigung der Ausstellung noch mehr überzeugt wurde.

Auf den kunstgewerblich vorgebildeten Fachmann macht die Ausstellung — abgesehen von einigen Ausnahmen, von denen wieder ein paar hier gar nicht her gehörten (wie die städtische Wandwerker- und Kunstgewerbeschule) — einer niederdrückenden Eindruck. Durch das Kleinräumigkeit und den Innungscharakter bedingt, ist die technische Entwicklung des schlesischen Malergewerbes, soweit es von der Einsicht der Meister abhängt, auf einen toten Punkt geraten. Hier merkt man nicht, daß im heutigen Kunstgewerbe vor etwas mehr als zehn Jahren eine neue zukunftsreiche Bewegung einsetzte, die alle verwandten Gewerbe — und besonders die Baugewerbe — aufrief, auf den Weg zum weitaus Volkstreue vordringen einzuwirten. Nirgends Anzeichen, daß man unsere Zeit und ihre ästhetischen Bedürfnisse versteht; nicht einmal des Unterschiedes zwischen den Aufgaben der angewandten (Kunstgewerbe) und der höheren Kunst ist man sich bewußt. Denn nur daraus ist es zu erklären, daß man sich mit unzureichenden Mitteln an Aufgaben heranmacht, die dem Kunstmalern vorbehalten sein müssen. Im wesentlichen wird immer das Reich des Architektes die Domäne des Malerhandwerkes sein. Der Wohnhausbaumeister soll Räume schaffen, die ein zweckmäßiges und angenehmes Wohnen gestatten. Dazu ist aber eine lebendige Zusammenfassung aller in Frage kommenden Gewerbe notwendig, ein Unterordnen unter einen gemeinsamen Zweck. Vor allem müssen sich diese Gewerbe über die Aufgaben, die ihnen harrten, klar sein. Es genügt beispielsweise durchaus nicht, daß der Malermeister und die Kunden nur den Dekorationsmalerei einen höheren Wert beimessen; sein künstlerisches Gefühl soll ihn auch beim Bestimmen der

Farbtonen der Türen und Wände leiten, damit aus dem bloß nützlichen Anstrich ein notwendiger, zur Schönheit des Raumes beitragender künstlerischer Faktor wird. Die Arbeit des Malers, des Anstreichers, muß kunstgewerblich befeuert werden. Das wird bedingt durch eine bessere Fachausbildung der in Betracht kommenden Arbeiter in Technik und Theorie. Das setzt aber voraus, daß die Lehrherren bezw. die Leiter der Fachschulen sich erst selbst über die Aufgaben klar sind, die in unserer Zeit ihrer harrten. Doch was soll man dazu sagen, wenn man an diesen ausgefallenen Objekten sieht, wie man die Lehrlinge mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig, alle Feinheiten der „plastischen Malerei“ (gemalte Stuckornamente) einpaukt. Was hat jene vor vielen Jahrzehnten herrschende verrückte Mode noch mit unserer Zeit zu tun? — Aber die Weiskmalerei ist für viele kleine Kreise eine Art Gammaschindeln, womit sie aus dem begabtesten Bekehrten den letzten Funken von Farbenfreude herausstreifen. Doch wie gesagt, der ganze Spul ist in der Regel nur ein Privatvergnügen der kleinen Kreise, die paar großen und wirklich leistungsfähigen Firmen geben sich damit nicht ab. Daher kommt es, daß das Malergewerbe noch außen in der Regel von den wirtschaftlich und fachlich sich entwickelnden Elementen vertrieben wird. Etwas von einem frischen Zug merkt man nur bei einigen Ausstellern, wie nennen nur die Namen H. Seidel (Wegitz), H. F. Scholz (Breslau), G. A. R. u. m. (Breslau) und R. u. G. M. u. z. e. d. (Breslau), deren begabte, lodierte Schloßkammermeister für den Malerberuf wohl nicht die geringste Bedeutung hat, der unseren Bedürfnissen nicht Rechnung trägt. Zu dem wenigen Erfreulichen der Ausstellung sind auch noch die Schülerarbeiten der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule Breslau zu zählen. Vielleicht, daß ihnen noch aufzuklären die Bedeutung der Schule anhaftet, aber es ist doch wenigstens ein fleißiges Streben.

Den Fachleuten möchte ich von einem Besuch dieser Ausstellung abraten. Schade um die Zeit und das Geld.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Am die „Breslauer Zeitung“ hat Rechtsanwalt Dr. Büchel folgende Zuschrift geschickt, durch die er sein Verhältnis als Leiter der Kirchenaustrittsversammlung am Montag zu rechtfertigen versucht:

„Das Komitee „Konfessionslos“ hat am Montag Abend im großen Kongresssaal eine Kirchenaustrittsversammlung abgehalten, die heißt eine Versammlung, in der bei dem Konfessionellen Kirchenentum innerlich zerfallen, aber den Kirchen äußerlich noch immer angehörigen Personen zum Austritte aus den Kirchen aufgefordert werden sollten. Der Hauptredner des Abends war der Reichstagsabgeordnete Gombol Bogherr. Seine Ausführungen bewegten sich leider fast ausschließlich darauf in einseitig parteipolitischen Bahnen, daß der Leiter der Versammlung es schon in der Versammlung für notwendig ansah, bis zu einem gewissen Grade von den Darlegungen des Redners abzurücken. Zur Unterstützung der Kirchenaustrittsbewegung sei hiermit wiederholt, daß das Komitee „Konfessionslos“ keinerlei parteipolitische Basis besitzt, keinerlei parteipolitische Tendenz verfolgt. Seine Aufgabe ist vielmehr eine rein kulturelle; seine Mitglieder, Vertrauensmänner und sonstigen Anhänger rekrutierten sich aus allen linksstehenden Parteien. Wenn die Veranstalter der Versammlung hätten voraussehen können, daß der Hauptredner des Abends vorliegende Grundlagen des Komitees „Konfessionslos“ und seiner Tätigkeit so außer acht lassen würde, wie er es getan hat, so hätten sie selbstverständlich von der Wahl dieses Redners Abstand genommen.“

Diese Zuschrift beweist nur, daß das Komitee „Konfessionslos“ in Breslau ein paar sehr schwächliche und engbrüstige Herren als Vertrauensleute gefunden hat. Uebrigens fällt der ganze Vortrag, wie unser geistiger Bericht schon sagte, lediglich auf das Konto der Monistenbündler. Die anderen im Komitee „Konfessionslos“ vertretenen Richtungen haben gernicht das Bedürfnis zu erkennen gegeben, von den Darlegungen des Redners abzurücken, denn das, was Gombol Bogherr in der Versammlung ausgeführt hat, konnte auch jeder ernsthaft liberale Mann unterschreiben. Oder glaubt Herr Büchel etwa, Junker und Zentrumsegeistliche aus der Kirche herauslocken zu können?

Weg mit der Rente!

In Schlesien ist man mancherlei gewöhnt. Die Rentenquellerei ist an der Tagesordnung und Millionen und Abermillionen hat die Landesversicherungsanstalt Schlesien angehäuft. Während viele Tausende von armen Leuten und alten Männern und Frauen am Hungertode nagen. Wie es gemacht wird, das zeigt uns wieder folgender Fall:

Seit dem 9. Dezember 1911 ist der Bauer F. in Breslau an Rheumatismus schwer erkrankt und erwerbsunfähig. Ein ihm gewährtes Geldverlehen vom 24. Juli bis 21. September 1912 in Bad Warmbrunn hat nicht vermocht, seine Gesundheit wieder herzustellen. Trotzdem erklärt die Landesversicherungsanstalt den Mann vom 19. Oktober 1912 ab wieder erwerbsfähig und entzieht ihm die Krankenrente von monatlich 20,70 Mk., die er überhaupt nur im Gesamteinkommen von 54,15 Mk. erhalten hat. Die dazugehörige eingeleitete Verurteilung wurde vom Oberversicherungsamt verworfen. Unter Vorbehalt des Herrn Regierungsrat Schlenker, war es auch der Ansicht, F. sei vom 19. Oktober 1912 wieder erwerbsfähig und imstande, mittelwichtige Arbeiten zu verrichten. Allerdings stütze sich das Oberversicherungsamt auf das Gutachten zweier Ärzte, die beide der Meinung waren, bei dem Manne sei Erwerbsfähigkeit im Sinne des Gesetzes eingetreten.

Noch beweisen die Tatsachen das Gegenteil. Der kranke Bauer kann heute noch nicht den rechten Arm ohne Schmerzen zu führen, vorübergehend anheben. Er war mit kurzen Unterbrechungen drei Monate hintereinander wieder ans Bett gefesselt und kann nicht die geringste Beschäftigung ausüben. Der kranke Mann, der sich und seine Familie mit den paar Pfennigen Invalidenrente hätte über Wasser halten können, war jetzt dem Elend völlig preisgegeben. Wohl veruchte die Ehefrau mit Vätern der größten Not zu feuern, doch reichte das nicht aus. Die ungenügende Ernährung des kranken Mannes, die nur aus Kartoffeln mit Schmalz und Zitronenwasser tagtäglich bestand, führte zur weiteren Entkräftung seines kranken Körpers. Die Verweisung trieb dem Manne die Tränen in die Augen, als er sah, wie sein ältester Junge, der zu Eltern aus der Schule kommt, in völlig zerstücktem Schuhwerk einhergehen mußte, aus dem die nackten Füße hervorstuckten. Seine Frau hat zuerst die Kirchengemeinde um Hilfe; sie fragte dafür, daß der Junge ganze Schuhe bekam. Damit war jedoch der Hunger noch nicht gestillt und die Miete nicht bezahlt. Auch der Mann brachte ärztlichen Beistand. Was die Landes-Verwaltungsanstalt Schlesien mit ihrem Vermögen von 115 Millionen nicht konnte, das leistete nunmehr die Armenverwaltung in Breslau mit ihren beherrschenden Mitteln. Sie gewährte zunächst für den Mann den Armenarzt und schützte die Familie des so schwer geprüften Arman vor dem Herauswerfen aus der Wohnung.

Wir müssen fragen, wie war es möglich, einem so hilflosen Mann die Rente zu entziehen? Nun, wo der

Buchstabe des Gesetzes regiert und die Absicht, nicht zu viel Renten zu bewilligen, da muß eine Arbeiterversicherung sich offenbaren, die weit unter die Armenpflege herabsinkt.

Vom Recht, das Zeugnis zu verweigern.

Jeder, der als Zeuge vor Gericht erscheint, ist verpflichtet, auszusagen. Wer sein Zeugnis aus einem Grunde verweigert, der im Gesetz nicht vorgesehen ist, kann durch Geld- und Haftstrafe zur Auslage gezwungen werden. Wer ist nun zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt? Zunächst alle die Personen, die mit einer Partei in grader Linie verwandt, verschwägert, durch Annahme an Kindesstatt verbunden oder in der Sentenzlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind. Auch dann ist die Zeugnisverweigerung berechtigt, wenn die Ehe, wodurch die Schwägerchaft begründet ist, nicht mehr besteht. Der Begriff „in grader Linie verwandt“ bezieht sich in erster Reihe auf den Vater, die Mutter, die Schwester oder den Bruder des Zeugen.

Ein Zeitschriftler braucht nicht auszusagen, was ihm bei der Seelsorge anvertraut wurde. Rechtsanwältin und Ärzte können über Angelegenheiten Stillstimmende bewahren, die ihnen der Anwalt in ihrem Berufe anvertraut hat. Öffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienst sind, dürfen über amtliche Dinge nur mit Erlaubnis ihrer vorgesetzten Dienstbehörde vernommen werden. Unverheiratet sind Personen zu vernehmen, die zur Zeit der Vernehmung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder sich wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandeschwäche keine richtige Vorstellung vom Wesen und der Bedeutung des Eides machen können.

Niemand kann gezwungen werden, sich über Dinge zu äußern, die seinen Stand oder Gewerbe betreffen, wenn deren Geheimhaltung durch die Natur der Sache oder durch andere gesetzliche Vorschriften geboten erscheint. Beispielsweise ist ein Erkunder berechtigt, über sein technisches Geheimnis auch vor Gericht kein Wort zu sagen. Natürlich kommt es immer auf die Umstände an, die dabei mitspielen. Wenn die Erkundung bereits potentiell geschützt ist, hat dieser Zeuge kein Recht zum Schweigen, weil ihm aus seiner Aussage keine schwerwiegenden Nachteile erwachsen können. Das Zeugnis kann verweigert werden über Fragen, deren Beantwortung dem Zeugen einen verhältnismäßigen Schaden zufügen oder ihn der Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung aussetzen kann. Auch solche Fragen darf der Zeuge unbeantwortet lassen, die ihn dazu bringen könnten, ein Kunst- oder Gewerbegeheimnis zu offenbaren.

Macht ein Zeuge aus einem der angeführten Gründe von seinem Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch, so muß er unbedingt die Wahrheit sagen, sonst treffen ihn, wenn er verurteilt worden ist, ebenfalls die auf Meineid und falschen Eidschwören folgenden schweren Freiheitsstrafen.

Verbotene Zusätze für Wurst und Hackfleisch.

Als Nahrungsmittelverfälschung gilt jede Verarbeitung von fleischhaften Stoffen bei der Würsterei. Den Würstmachern, Fleischhauern usw. ist das meistens auch bekannt. Trotzdem haben sich die hiesigen Gerichte fortwährend mit solchen Nahrungsmittelverfälschungen beschäftigt. Am Freitag stand der Wurstfabrikant Gorgel aus Breslau deshalb vor dem Schöffengericht. Er hatte der Knoblauchwurst 1/2 Prozent Stärkemehl beigegeben, um ihr „einen besseren Schnitt“ zu verschaffen. Wenn das Wurstfleisch nicht von selbst „bindet“, so ist das ein unrichtiges Zeichen seiner mehr oder weniger minderwertigen Beschaffenheit. Gutes, frisches Fleisch bindet auch ohne Nachhilfe, der nur geachtet ist, der Wurst den Anschein einer besseren Beschaffenheit zu geben. Der Angeklagte wurde wegen vorfälliger Nahrungsmittelverfälschung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verwendung von schwefeligen Salzen als Konservierungsmittel des Hackfleischs kommt auch immer noch vor. Das Gesetz sieht darin eine Verletzung des Hackfleischgesetzes. Salpeter ist gleichfalls als Zusatz des Hackfleischs verboten. In einigen Fällen wurde, von dem Angeklagten der verbotene Zusatz zugegeben, aber darauf zurückgeführt, daß die Gerichte mit Pulver gereinigt seien. Das „Pulver“ entpuppte sich jedoch als schwefeliger Natron. In einem anderen Falle wollte einem Lebrling eine Lute Pulver verschentlich auf Hackfleisch gegeben sein, wodurch der hohe Gehalt an schwefeliger Säure erhöht werden sollte. Bei anderer Gelegenheit wieder, wurde der festgestellte Zusatz bestritten und geltend gemacht, es seien Kaffeebohnen oder andere „erlaubte“ Salzgemische verwendet worden. Natürlich schloß solche Einwürfe nicht vor Bestrafung. Die Frage nach der Zulässigkeit von Paprika in Mengen, die eine schärfere Färbung der Würstmasse erzeugen, ist durch ein Breslauer Strafkammerurteil geklärt worden. Bei einem hiesigen Fleischer war Braunkohlener Wurst wegen ihrer auffallend orangefarbenen Färbung beanstandet worden. Die chemische Untersuchung ergab als Ursache der Färbung eine Sorte Paprika ohne scharfen Geschmack. Das Schöffengericht sprach den Fleischer frei. Die Staatsanwaltschaft sucht das freisprechende Erkenntnis in der Verurteilung ohne Erfolg an, denn auch die Strafkammer erkannte auf Freisprechung. Die dagegen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision führte jedoch zur Aufhebung des Urteils. Die Strafkammer entschied nunmehr, daß auch Paprika ein unerlaubter Farbstoff ist. In den Einleitungsgründen des Oberlandesgerichts heißt es u. a.: Wenn die Strafkammer meint, daß Farbstoffe nur solche Stoffe seien, die allein und ausschließlich geeignet sind, eine Färbung der Ware zu bewirken, so ist diese Rechtsbestimmung zu eng. Farbstoffe können auch solche Stoffe sein, die nebenher oder hauptsächlich einem anderen Zweck (zum Beispiel Würzen) dienen, wenn sie die Farbe der Masse, der sie zugesetzt werden, verändern.“

Die Kranken- und Sterbekasse „Vereinsbürger“ hielt am 21. Februar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die drei auscheidenden Vorstandsmitglieder Herren Stache, Bahr und Gottschalk wurden auf vier Jahre wiedergewählt, der als Ersatz für das verstorbenen Vorstandsmittglied Schaffert vorgeschlagene Herr Vies auf zwei Jahre neu gewählt. 15 regelmäßig auscheidende Ausschussmitglieder und acht aus anderen Gründen auscheidende Ausschussmitglieder wählte die Versammlung durch Dankausprechen. Es wurden die Herren Meusel, Dreischneider, Krosch, Köhler, Behold, Schneider, Kuchel, Bulch, Meyer, Baum, Michale, Thiel, Rassel, Winterstein, Uebner, Schmidt auf 4 Jahre, Frau Hoffmann und Herr Siegel auf 2 Jahre gewählt, ebenso 5 Stellvertreter und zwar die Herren Stache jun., Peter, Klose, Stumpf und Schuler. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl an. Rentant Kaufe, der die Versammlung leitete, macht hierauf bekannt, daß in etwa 4 bis 6 Wochen eine außerordentliche Generalversammlung tagen werde, die sich mit dem von einer Kommission entworfenen und vom Ausschuss genehmigten neuen Statut befassen soll.

Ungerechte Verkehrsboten haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wiederholt die hiesigen Gerichte beschäftigt. Es ist dabei auch zur Sprache gekommen, wie niedrig im allgemeinen die Löhne sind, die an die Verkehrs-Radler gezahlt werden. Hauptächlich sind die Radler auf Trinitatis angerufen. Wie bedenklich es ist, einem Verkehrsradler einen größeren Betrag zur Verbesserung anzuvertrauen, zeigt erneut folgender Fall: Der gelbe Radler Paul Hermann bekam am 8. Juli 1912 auf dem Tauengienplatz von einem Herrn vier Hundertmark Scheine, die er im Verdingungsamt von Ohaagen abliefern sollte. Der junge Mann führte den Auftrag nicht aus. Einen Hundertmarkschein schenkte er seiner Braut und mit den drei übrigen brannete er nach Elberfeld durch, wo der Flüchtling festgenommen wurde. Das hiesige Schöffengericht verurteilte Hermann zu vier Monaten Gefängnis. Die vom Angeklagten eingelegte Verurteilung verwarf die hiesige erste Strafkammer am Dienstag.

Der Gockel als Friedensführer. Der Fleischer Karl Schuber aus Neumarkt hielt in der Zeit vom 1. bis 20. Juli 1912 einen Pahn, der sich stets durch lautes Krähen in den frühen Morgenstunden bemerkbar machte. Auch des Nachts ließ er zuweilen seine hohe Stimme erschallen. Ein Herr Julijrat Glaser fühlte sich durch den Pahnengestöh in seiner Nachtruhe gestört. Nach seiner Anzeige soll der Pahn: „In eigenartiger heulender Weise“ gekrächelt haben. Von der Neumarkter Polizeiverwaltung wurde nun Schuber mit einem Strafmandat über 2 Mark bedacht, weil er ungebührlicher Weise zustehenden Lärm erzeit haben soll. Das Neumarkter Schöffengericht verwarf den Einspruch, weil es sagte, der Angeklagte hätte unbedingt dafür Sorge tragen müssen, daß der laute Pahnenschrei nicht bis an das Promenell müder Schläfer dringt. Schuber, der für die Sünden des Pahn, nicht büßen wollte, leitete Verurteilung ein und erzielte auch seine Freisprechung, die von der hiesigen dritten Strafkammer wie folgt begründet wurde: Es ist zwar an sich richtig, daß das laute Krähen des Pahn, geeignet war, die öffentliche Ruhe zu stören. Zur Verurteilung wegen ungebührlicher Lärmerregung fehlte aber hier die notwendige Voraussetzung, daß sich das Publikum als solches herabgelassen gefühlt habe; ein oder zwei Personen, die sich hier gestört fühlten, können nach dem Gesetz nicht als das Publikum in seiner erweiterten Allgemeinheit aufgefaßt werden und daher rechtfertigt sich die Freisprechung des Angeklagten.

Natronlauge getrunken hat am Montag das 1 1/2-jährige Kind eines an der Neudorfstraße wohnenden Bildlers. Die Mutter hatte die Flasche unter einem Küchenschrank stehen gelassen. Das Kind, das sich auf dem Fußboden der Stube aufhielt, ging an den Tisch, nahm in einem unbedachten Augenblicke die Flasche zur Hand und trank einen Teil des giftigen Inhalts. Man brachte das Kind zwar sofort ins Wenzel'sche Krankenhaus, doch ist es hier nach einigen Stunden an den Folgen der erlittenen inneren Verbrennungen gestorben. Die Mutter des Kindes, deren Ehemann auswärts weilt, ist über den Tod ihres Lieblinges völlig oebrochen.

Elbstmordversuch. Am Dienstag ist von der Passbrücke aus ein Vanarbeiter in die der gelprungen. Vorübergehende Kollegen zogen ihn aus dem Wasser.

Feuer in einer Gärtnerei. Dienstag Abend wurde die Wehr an die Gräbichener Friede die gerufen. Hier war in der Gärtnerei ein großer Berg von dürrer Reisig, Kränzen usw. auf bisher unauffällige Weise in Brand geraten. Da die Meldung von einer großen Brande einging und das Feuer einen weithin sichtbaren Schein verbreitete, eilte die Wehr in voller Stärke zur Brandstelle. Es gelang in etwa 20 Minuten, die Gewalt der Flammen zu brechen. Das Auseinanderreißen des glimmenden Reisigs und das Ablöschen dauerte noch über eine Stunde.

Zusammenstoß. Am Montag stießen an der Gleiskreuzung am Regierungsgebäude zwei Straßenbahnzüge zusammen, indem ein Motorwagen in den das Gleis kreuzenden Anhängewagen hineinfuhr. Beide Wagen wurden arg beschädigt; Personen zum Glück nicht verletzt.

3000 - und Zigeuner gestohlen. Von einer Baustelle an der Kopischstraße sind in der Nacht zum Montag etwa dreitausend Stück Ziegel gestohlen worden, ohne daß der Diebstahl von irgend jemandem bemerkt worden ist.

Ueberziehendiebstahl. In einem Cafe im Innern der Stadt ist am Sonntag einem Gast ein wertvoller dunkler Ueberzieher gestohlen worden.

Taschendiebstahl. In einem hiesigen Warenhause ist einer Frau, die dort Einkäufe besorgte, ihr Portemonnaie mit bedeutendem Geldinhalt aus der Tasche gestohlen worden.

Stadt-Theater.

„Hanns Bantz“, lyrisches Drama in vier Akten nach Maeterlinck. Deutsche Uebersetzung von Lieblich. Musik von Henry Heister. (Zum 1. Male.)

Die veranlaßt, ist Breslau die zweite Stadt, in der diese Uebersetzung seit 1909 bestehende Oper in deutscher Sprache gewollt wird; die erste war Schwerin. Bei Bühnen hat sich dieses Werk also bisher noch nicht „erobert“, wie man jetzt zu sagen pflegt, und doch ist es nicht das schlechteste der modernen „Liederoper“. Der Stoff, welcher durch sinnige Anpassungen des Schauspielers als bekannt vorausgesetzt werden darf, bietet viel Anlaß zu vollkommen dramatischen Aufstellungen und ist von überaus verhältnismäßig genialer Knappheit. Ein Kompositur, der es versteht, diese Szenen auch musikalisch richtig anzugehen, hätte für keine andere Oper zum Glück gefälligeres Material. Die Probe bringt den Eindruck, als ob man ein gewisses Gefühl gemacht wird, zum Regisseur zurückzukehren.

Die Musik, welche Heister geschrieben hat, Aniet im Eille des modernen Dramas in ihrer Bewegung dahin und illustriert die Vorgänge auf der Bühne. Sie im Bereiche des Musiktheaters zu behandeln, ist die Natur des Musiktheaters; und nicht jede Dramaturgie in den dramatischen Szenen zu behandeln, ist die Natur des Musiktheaters. Die Musik, welche Heister geschrieben hat, Aniet im Eille des modernen Dramas in ihrer Bewegung dahin und illustriert die Vorgänge auf der Bühne. Sie im Bereiche des Musiktheaters zu behandeln, ist die Natur des Musiktheaters; und nicht jede Dramaturgie in den dramatischen Szenen zu behandeln, ist die Natur des Musiktheaters.

reistreichere Natur, die auf eine ungewöhnliche Vertrautheit mit dem Instrumentenapparat hin-euten.

Die Erstaufführung am Dienstag bot in Bezug auf ihre musikalische Ausführung und ihre heulische Ausstattung Bedeutendes. Frau Micky Kemp, die Herren Becker und Corfield-Mercer waren ganz vorzüglich, übernahmen sich aber häufig wegen des viel zu vorlauten Orchesters, das allerdings in vielen Momenten hinreißend schön war und von Herrn Weiner hingebungsvoll dirigiert wurde. Eine Brachfigur war der alte Colonna des Herrn Bittelkopf. In kleineren Rollen wirkten die Herren Bierroth, Cavell, Haas und Weber. Das sehr zahlreichere Publikum verteilte dem Werke, hauptsächlich aber den Darstellern einen sehr lebhaften äußeren Erfolg.

Literatur.

Die österreichische Märzkrift, die wegen ihres farbigen Umschlages konfiszieren wurde, ist wieder in zweiter Auflage erschienen. Auf dem Titelblatt stehen ein paar sehr geistige Sätze wider den Staatsanwalt. „Er kritisiert Revolution aus Furchen!“ heißt es darin. Und: „Wie schmerzhaft müssen die Grundlagen eines Staates sein, wenn sie schon der Stiff des Künftlers zu fliegen droht!“ Unden auf der Titelseite prangt in großen Lettern das kühne Wort, das Kaiser Franz I. zu seiner Oberkammerherrn, dem Grafen Czernin, gesagt hat: „Nur der Kaiser ist wirklich tödt!“ Die Krift, die Herr Staatsanwalt hier offenbar einstellt, nicht konfiszieren. Die Märzkrift selbst enthält diesmal wieder einige rechtliche Beiträge. Vor allem ist die prächtige Palade vom Oberkammerherrn Koll zu erwähnen, ein Bericht von Alfons Behold, der wider die Märzkrift den Beweis führt, daß die Märzkrift nicht konfiszieren darf. Dann folgt ein stark durchgeführter Satz von Graf Beck über die Revolution.

Das die Sozialdemokratie zur revolutionären Partei macht, ist ihr Ziel... Alle Mittel und Methoden, die uns d. e. m. Ziele tatsächlich näher bringen, sind revolutionär... wenn sie noch so friedlich sind.“

Eine große Ueberraschung bedeutet der Abdruck einer bisher unbekannteren Rede von Karl Marx, die A. Ricano mitteilt, und die namentlich in ihren Schlüssen voll packender Schönheit ist. Die Festkrift enthält auch eine bisher noch nie reproduzierte Rede von Marx, das Werk des großen bulgarischen Rüstlers Boris Chak, sowie einen interessanten Artikel von Julius Deutsch über „Marx in Wien“. Sehr bezeichnend ist, was Karl Hoeger über „historische Stätten der großen Wiener Revolution“ berichtet. Diefem Auffatz sind sechs reizende Bilder aus Alt-Wien beigegeben, vom Schubert, von der Laubengasse und anderen Plätzen und Straßen aus dem Vormärz. Am Schluss der Festkrift befindet sich Gustav Walter das „Plakat des Jahres 1848“. Das erste denkwürdige Plakat sowie drei Plakate sind beigegeben. Ein Wort besonderer Erwähnung verdient die Vorkräft, eine ergreifende Kostenzzeichnung von Ernst Göhr. „Die Antwort“. Ein Werk (das Volk) steht mit ihren Kindern, erschaffen und darstellend. Sie streckt die Hand in das Dunkel hinaus. Was wird ihr gegeben? Was antwortet die Welt auf diese schmerzliche Bitte? Doch oben auf dem Mauernall steht eine Kanone und gleißt im Sternenschein. Das Volk hinhört. Aber die Kanone herrscht. Das ist die Antwort. Ein mächtiges Kunstwerk ist hier dem Zeichner Ernst Göhr gelungen. Immer wieder werden es Arbeiteraugen mit Ergötzenheit anstarrten. So kann die Märzkrift die für so wenig Heller so viel Trostes bietend, auch diesem unfernen Genossen und Genossinnen aufs Wärmste empfohlen werden.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg auf dem Balkan.

Wien, 28. Februar. Die Wiener Allgemeine Zeitung schreibt: Eigentlich bestehen in der Frage der Abgrenzung Albaniens so weitgehende Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland, dass man sich schweren Herzens fragen muß, ob denn diese Frage so schnell wird erledigt werden können.

Deutsche bei den Türken.

Berlin, 26. Februar. Bei dem Landungsversuch des belährten und tapferen Majors Geyer, dessen Ausschiffung bei Gallipoli ihm bisher nicht gelang, befinden sich, wie das Berliner Tageblatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, auch vier Deutsche und zwar der Berliner Arzt Dr. med. Hans Feist-Wollheim, der Geyer bei der türkischen Militärärztl. Begleitung, und drei weitere deutsche Offiziere.

Vergeblicher Truppenlandungsversuch.

Sofia, 26. Februar. Nach einer im hiesigen Kriegsmilitärministerium gestern nachmittags eingetroffenen Meldung versuchten die türkischen Truppen bei Vodina am Schwarzen Meer mit fünf Schiffen Truppen zu landen.

Gewählt!

Frankfurt a. M., 26. Februar. In längerer geheimes Sitzung wählte gestern die Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt a. M. den bisherigen Stadtverordneten Schmidt zum Stadtrat. Schmidt ist bekanntlich der erste sozialdemokratische Stadtrat, der in ein preussisches Städteparlament einzieht.

Landesverrat?

Strasbourg i. G., 26. Februar. Die Reichspolizei verbreitet folgende Meldung: In der gegen den Rechtsanwalt Greif und Herrn Laugel eingeleiteten Untersuchung wegen ihrer in Frankreich gehaltenen aufstrebenden Reden gegen Deutschland ist die Anklagezeit nunmehr so weit geblieben, daß die meisten des Untersuchungsrichters an den Oberstaatsanwalt nach Leipzig abhandelt werden können.

Demobilisation!

London, 26. Februar. „Schles. Stg.“ Der Wiener Korrespondent der Daily Mail“ erzählt aus einer „ausgezeichneten Quelle“, die Situation habe sich infolge des Sedanter-austausches zwischen den Mächten so weit gebessert, daß die Demobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee bereits in den nächsten Tagen zu erwarten stehe.

Verhaftete Staatsflücht.

Rom, 26. Februar. Der Oberstaatsanwalt Silvestri wurde wegen Anteil an den Untersuchungen bei dem Bau des Justizpalastes gestern verhaftet. Diese Verhaftung erregt hier das größte Aufsehen und man sieht gespannt der weiteren Entwicklung dieser Untersuchungsaffäre entgegen.

Schwebnitz, 26. Februar. Vier Jahre Gefängnis für einen Betrüger. Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Betrügereien des Garnkaufmanns Hugo Krause aus Reichenbach, der verschiedene Firmen, so das fallierte Bankhaus von Fr. v. Einem, um bedeutende Geldsummen geprellt hatte.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns for location (e.g., Berlin, Breslau, Glatz), date (24 Feb, 25 Feb), and water level measurements.

Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Table with columns for date (24 Feb, 25 Feb), time (12h, 1h), and weather conditions (e.g., wind, temperature).

Briefkasten.

Verhinderung der Redaktion: Bitte um Entschuldigung für die Unterbrechung der Briefkasten. Redaktion: Bitte um Entschuldigung für die Unterbrechung der Briefkasten.

Berichtungen und Vereine.

Wittwech, den 26. Februar: Bericht über die Zusammenkunft der Wittwech. Bericht über die Zusammenkunft der Wittwech.

Wien und überhaupt die Verwahrung von Geldern, die an letzten Chef gezahlt wurden, übertragen worden. In nicht weniger als 96 Fällen bezieht sich die Gelder und verwendete sie zu seinem Nutzen. Um diese Verhältnisse zu veranschaulichen, besitzte Mollat die betreffenden Aktien, konnte diese ganze Anzahl anderer Geschäftspapiere.

Beuthen O.S., 26. Februar. Hurra, hurra, hurra! Der erste Landsturmverein in Preußen ist in Beuthen gegründet worden! Ihm können alle beitreten, die den Nachweis eines Erschwerens- oder Landsturms mit Waffe-Militärpasse erbringen.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Beuthen O.S., 26. Febr. „Medikamente.“ Vor der hiesigen Strafkammer hat sich der Drogist W. Dlugiewski aus Balenja wegen Gewerbetreibenden- und Steuerhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte hatte an Lohn- und Vorhubschneidern, an denen bekanntlich die Schneidmessen um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden müssen, mit 96 prozentigem Spiritus einen schwingelhaften Handel betrieben.

Ein Spion? Die „Presse“ schreibt: Der in Duxerau Kreis Breslau, in einer der Wolframischen Villen wohnhafte Ingenieur Lange, der ein außerordentlich luxuriöses Leben führte und dessen Ausgaben in seinem Verhältnis zu seinen Einnahmen standen, ist seit Spinnabend voriger Woche flüchtig. Man vermutet nach allem, was bisher in Erfahrung gebracht werden konnte, daß Lange als Spion im Dienste einer fremden Macht, tätig gewesen ist und aus Furcht vor Entdeckung das Weite gesucht hat.

Selbstmorde. Eine Privatiers in einer Versorgungsanstalt auf der Friedrichstraße hat sich am Dienstag das Leben genommen, daß sie sich zunächst die Pulsadern öffnete und dann mit einer Zuckerschur am Bettposten erhängte. In einem hiesigen Gasthofe ist am Dienstag ein Mann im Alter von etwa 28 Jahren tot aufgefunden worden. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Buchhalter aus Breg.

Ausgezeichnetes Kind. In den Anlagen am Hauptbahnhof ist heute ein etwa 14 Tage alter Knabe aufgefunden worden. Er war in blaue Leinwand gewickelt und in ein Federbettchen gesteckt. Das Kind ist ins Säuglingsheim geschafft worden.

Einbruch in eine Restauration. In der Nacht zum Dienstag ist ein Einbruch in die Restauration Wellfaffenstraße 6 ausgeführt worden. Die Einbrecher stahlen aus der Ladentasse 3 Mark, ferner zwei Schachteln Zigaretten, ein Paket Zigaretten und zwei Leberwürste. Dann haben sie jeweils os gewartet, bis morgens die Haustür geöffnet wurde und sind unbehelligt entwischt.

Bestenommener Logischwindler. Der Logischwindler, der sich bei Zimmervermietern einmietet, konnte endlich gefasst werden. Bislang sind ihm sechs Betrugsfälle nachgewiesen. Es ist der 24jährige Tischlergeselle Otto Ernst.

Gefunden wurden ein Schlüssel, ein Hundehalsband, ein Studentenring, ein Sacklarren, ein Kluff, ein Augenglas und ein Fahrrad.

Verloren wurden ein Pelzschuh, 50 Mk. Geld, ein goldenes Armband, eine goldene Damenuhr, ein Militärpfeife und eine Duitton Karte, ein Gummischuh, eine silberne Damenuhr mit Monogramm E. G. mit silberner Kette, eine goldene Brosche, eine goldene Damenuhr mit silberner Kette.

Bereine und Versammlungen.

Breslauer Bassanten-Schutzverein. Mitglieder-Versammlung mit Gästen am Mittwoch, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „König von Ungarn“. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag von Dr. König: „Welchen Schutz gibt es gegen die Gefahren der Straße?“ Siehe Inserat.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus den Direktionsbüros. Eröffnungs-Verein. Im 7. vorkommlichen Freitag-Konzert am 28. Februar gelangen unter Leitung des Kapellmeisters Herrn J. Werner im ersten und zweiten Teil nur Werke von Beethoven zur Ausführung und zwar: Drei Sätze aus der Symphonie, Ouverture Leonore Nr. 3 und Ouverture zur Weihe des Hauses. Der dritte Teil bringt drei ungarische Läufe von Brahms, sowie Vieder mit Klavierbegleitung von Schubert, Schumann und Wagner, gesungen von Frau Kuffelsh. Am Klavier Herr Vollaß. Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten in der Expedition der Zeitung.

Vom Eden-Theater. Das sich von Anfang an der besten Gunst der Nikolavorstadt-Verdichtung erfreuende Kino „Eden-Theater“ in der Nikolastrasse 27 hat seit einigen Tagen eine neue Direktion. Wie uns diese mitteilt, soll nach wie vor auf die Aufführung ausgeführter erstklassiger Filme besonderes Gewicht gelegt werden, so das den Besuchern für billiges Geld wirklich Gutes geboten werden wird. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 16. bis 23. Februar 1913 erkrankten an Diphtherie: in Brodau 1 Person; an Körnerkrankheit: in Kattern 1 Person. Gestorben an Lungen- und Kehlkopfentzündung: in Groß-Sürding, Stabelwitz und Carlowitz je 1 Person.

Schwebnitz. Der Distriktsabend wurde am Sonntag bei Kriesling in Trachtenbrunn abgehalten. Genosse Müller sprach über die allgemeine politische Lage. Seine Ausführungen waren sehr beifällig aufgenommen. Der Distriktsleiter wies auf das Bemühen der Bürgerlichen für unsere Jugend in ihre Vereine zu bekommen. Kein Arbeiter dürfe sein schuttmachendes Kind dem Jung eutschlandbunde angehören lassen. Tagesgenosse er dafür sorgen, daß er ein fleißiger Leser der „Arbeiterjugend“ werde.

Aus Oberschlesien.

Oberschlesische Verwaltungspraxis.

Von den Behörden ist man es ja gewohnt, daß sie von den Staatsbürgern alles sehr schnell verlangen. Fast in allen vorerwähnten Zirkularen, Verfügungen usw. steht: „Sie werden hiermit aufgefordert innerhalb 8 Tage... andernfalls nach 14 Tagen eine Beurlaubung zu ermitteln.“ Es wird also nicht nur schnelle Erledigung verlangt, sondern gleichzeitig mit Strafe gedroht, und wehe demjenigen, die diese Androhung nicht ernst nehmen.

Nun sollte man aber annehmen, daß auch die Behörden den steuerzahlenden Staatsbürgern gegenüber mit derselben Schnelligkeit arbeiten, denn schließlich hat das Publikum doch ein Recht, zu wissen, wann seine Angelegenheiten bald erledigt werden. Doch damit sieht es meist anders aus, wie folgender Fall sehr deutlich beweist:

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Zabrze, Genosse Stante beantragte beim Kreisrat in Zabrze am 27. Januar 1912 die Erlaubnis zum Ausschank von Bier und alkoholfreien Getränken im Gewerkschaftslokal an die Mitglieder des Vereins. Rund sechs Monate später, am 19. Juni erhielt er die Bescheid, daß der Antrag abgelehnt ist. Am 20. Juni beantragte St. mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren. Nun verging ein vierzehntägiger Monat und am 8. November fand die Verhandlung statt, wobei der Antrag wieder abgelehnt wurde. Stante wartete weitere drei Monate auf das schriftliche Urteil und als er Anfang Februar 1913 noch nicht in dem Bescheid bescheiden war, beschwerte er sich beim Minister des Innern Herrn v. Dollfus. Das half, schon am 20. Februar erhielt er das vom H. d. Min. bestätigte Urteil. Das letzte ist am 5. Februar ausgefertigt. Man hat also 14 Tage gebraucht, um das auszufertigte Urteil dem Empfänger zuzustellen.

Nicht mehr und nicht weniger als 18 Monate hat es also gedauert, bis die erste Instanz gesprochen hat. Das ist preussische Verwaltungspraxis. Weiteres zu sagen ist völlig überflüssig.

Opeln, 26. Februar. Wegen Unterschlagung in 97 Fällen. In einem Falle, während der Verhaftung in 3 Fällen, wurde die Beschlagnahme von allen und anderen Geschäftspapieren wurde der 30 Jahre alte Bureau-Vorsteher und Restaurateur Wilhelm Nowak aus Groß-Schlichting von der Strafkammer des Landgerichts Opeln abgewiesen. Während seiner Entlassung als Bureauvorsteher des Rechtsanwalts Gier in Opeln besaß 40 Mark. Vom 1. Januar 1909 ab war N. in gleicher Eigenschaft 3 1/2 Jahre lang bei dem Justizrat Gier in Groß-Schlichting tätig. Sie verurteilte den beschuldigten, auf Kleiderläden sehr bedachte Menge eine ganze Reihe von Unterschlagungen. N. war die Polizei-

Kakaotee
frisch kandiert,
billigste und gesündeste
Getränk für Kinder und
Erwachsene. 9238
à Bfd. 25 Pf.
Wilhelm Boese
Breslau I
Dorotheenstraße Nr. 3.

Verleih-Institut
eleganter
Frack-
6.58 und Rock-Anzüge
Chapeau-Claques.
H. Mohaupt
Schweidnitzerstraße 3a, I
Eingang Karlstraße
(früher Albrechtstraße).
Tel. 1301.

Gebt acht,
wenn Ihr Palmin Euch kauft,
'S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
Auch statt Palmona schiebt man vor
Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
Drum achtet, ob auf dem Paket
Die Firma Schlinck in Hamburg steht!

Palmin-Planzenfett.
Palmona - Pflanzen-Butter-Margarine.

Bekanntmachung.
Gabe hier Matthiasstraße 174 ein Fleisch-
u. Wurstwaren-Geschäft eröffnet u. bitte um gütigen Zuspruch.
10948 **Robert Teschner, Wurstfabrikant.**



Hier Herr Nachbar steht der Mann,
Der berichtigt laden kann.
Denn er will es schon seit Jahren,
Daß man sehr viel Fleisch kann haben.
Dabei keinen Wadlbruch an:
Nur das Beste bricht sich Wadl!
Gut und dauerhaft
Sind die echt. Krutinger blauen Arbeiter-Keffel-
Käuzge mit nebenstehender Schutzmarke.
Zu haben bei
Wilhelm Langer, Grabschauerstr. 18 und
Adolf Hohmuts Nachf., Friedrich-Wilhelm-
str. 95. =
Beser der Volkswacht erhalten 4% Rabatt.

Konfirmanden-Anzüge
in blau und schwarz, 1- und 3-reihig
23, 21, 19, 15, 12, 10, 8 und 7 Mark
Herrenkleiderfabrik M. Jullusberger,
Albrechtstrasse 41, 3. Etg. (Kohn Laden.) [10280]

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.
Alkoholfreie Getränke, Bierverlag,
Brauereien, feinst. deutsches
Monopol-Pils, Kaiserbräu
Galanterie- und Spielwaren, Haus-
und Küchengeräte.
Stein, Fritz, Steinwegstr. 2. (Kinderweg).
Zigarren.
Fleisch, Jol., Schützenstr. 10 (Eig. Fabrik).

Kattowitz.
Bierbrauerei und Verzehr.
Industrie-Monopol-Pils Kaiserbräu
Herrenzarderebe
Kugler, Jol., Grundmannstr. 7.
Haus- und Küchengeräte.
Göhring, Karl, Ring 4. (Spielmann).
Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen.
Bensch, G., Grundmannstr. 34, Poststr. 1.
Optische Industrie.
Wol, J., Ritzschg.

Königshütte O.-S.
Herren-Garderobe und Schuhwaren.
„Sam Arbeiterfabrik“, Kronprinzstr. 47.
Häbel und Schuhwaren.
Schulz, Adolf, Ringstr. 3. (Gewerkschaft).

Ratibor.
Bierbrauereien.
Göhring, Karl.
Drogen.
Fara-Progure, Oberstr. 11.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Zaborze-Zaborze
Kaufwaren, Herren-Kleidern.
Wol, J., Ringstr. 3.

Brieg
Alkoholfreie Getränke.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Carlowitz
Fleischerei und Wurstfabrik.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Cosau
Bierbrauerei.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Gründel, Rob., Langestr. 17, Rep. Werkstr.
Schmidt, G., Doppelstr. 8, Reparatur, 238.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Fische - Delikatessen.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Galanterie- und Spielwaren.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kaufhäuser.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kinematograph.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kurs-, Weiss- und Wollwaren.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Häbel- und Sars-Magazin.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Photographisches Atelier.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Dtsch.-Lissa-Stabelwitz
Bäckereien.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Brauereien und Restaurations.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Eisen- und Fahrradhandlung.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Fahrräder und Nähmaschinen
Klose, Friedr., Reparatur-
Werkstr.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Haus- und Küchengeräte.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Kaufhäuser.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Kolonialwaren.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Restaurants.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Männer-Tränke (Lebend), Kl.-Heilm.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

Weiss- und Wollwaren.
Näthe, Heinrich, Schulstr. 92, Konjum. Bier-
Brauerei, Carl, Weinstr. 8, Konjum. Bier-
Brauerei, Woll, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.
Göhring, Karl, Rößstr. 21.

KL. Gandan - Schmiedefeld
Fleischerei und Wurstfabrik.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Glogau
Herren- und Knaben-Garderobe.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Jauer
Arbeiterkard., Schuhw. u. Möbellw.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Fahrräder.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Herren- und Damenkonfektion.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Arbeitswarenhandl.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Apokalypse für Fahrräder.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Schottwitz-Friedewalde
Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Schwotzsch
Kolonial- und Gemischtwaren.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Stoberau
Fleischerei und Wurstfabrik.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Ströbe-Zobten.
Fleischerei u. Wurstfabrik.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Streben
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Gr.-Tschansch.
Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Kl.-Tschansch
Bäckerei u. Conditerei.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Oltaschin
Fleischerei und Wurstfabrik.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Opperau
Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Peisterwitz
Bäckerei.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Quelkau
Bäckerei.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Ratsörben
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Reichsadler
Restaurants.
Kraus, G., (Zugl. H. Böhm) Kronprinzstr.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung. Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstich: Niemand.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. R. B. L. (nat.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. V. B. (nat.) beantragt die Zurückverweisung an die Kommission, da einige Stimmen noch einer Prüfung bedürftig sind...

Abg. v. Brodhagen (nat.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Dr. Neumann-Doser (Vpt.) unterstützt den Antrag Voller; zwei Stimmenzettel, die gefenstelt sind, haben der Kommission noch gar nicht vorgelegen...

Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.) auf der Tribüne unverständlich empfiehlt den Antrag der Kommission.

Abg. Stadthagen (Soz.): In sechs vom Vorredner vorgetragenen Fällen ist eine Prüfung in der Kommission noch nicht erfolgt...

Die Kommission lehnt ab. Der Antrag auf Zurückverweisung wird abgelehnt.

Die Wahl des Abg. Dr. Veder-Deffen

(nat.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Schwarze-Lippstadt (Ztr.) fordert die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Dr. A. D. (Vpt.): Der Wahlakt in Sprendlingen war von großer Wichtigkeit gegen das Wahlreglement für ungültig zu erklären...

Abg. v. Franke (Vpt.): Wären die Unregelmäßigkeiten in Sprendlingen nicht vorgekommen, so müsste die Wahl nach dem einstimmigen Urteil der Kommission für ungültig erklärt werden...

Abg. V. (Zentr.) empfiehlt die Gültigkeit der Wahl; es sei fände die Übung des Reichstages Wahlbeurteilung in denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind...

Abg. Dr. Neumann-Doser (Vpt.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Veder sich erhebt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten...

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr Veder müsste nach seinen Ausführungen nachher für die Gültigkeit der Wahl von Hauptstimmen...

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr Veder müsste nach seinen Ausführungen nachher für die Gültigkeit der Wahl von Hauptstimmen...

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr Veder müsste nach seinen Ausführungen nachher für die Gültigkeit der Wahl von Hauptstimmen...

Abg. Dr. Veder (Vpt.) schließt sich dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl an...

Abg. St. (nat.) empfiehlt ebenfalls die Ungültigkeitserklärung der Wahl und weist den Vorwurf des Abg. Veder...

Abg. Dr. Veder (Vpt.) spricht für die Gültigkeit der Wahl und polemisiert gegen den Abg. Neumann-Doser.

Abg. Waldstein (Vpt.): Wenn ein Fehler vorliegt, der den ganzen Wahlkreis betrifft, so wird die Wahl ohne weiteres für ungültig erklärt...

Abg. Richard Fischer (Soz.): Herr Spahn hat einen Antrag unterschrieben, der die Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Dr. Veder verlangt...

Abg. Dr. Veder (Vpt.): Wenn ein Fehler vorliegt, der den ganzen Wahlkreis betrifft, so wird die Wahl ohne weiteres für ungültig erklärt...

Das wird er nicht erleben:

Ich werde bei den Grundfragen, die ich für richtig halte, bleiben. Aber ich bedaure, daß all meine Mahnungen in den letzten Jahren an das Zentrum, konsequent zu bleiben, und nicht, wie es heute ist...

Abg. Dr. David (Soz.): Ohne den formalen Verlust in Sprendlingen wäre doch faktisch K. R. nicht gewählt worden. Da kann man doch dem tatsächlich zu Unrecht gewählten Veder nicht das Mandat merken...

Nach kurzer Weiterdiskussion wird die Wahl in namentlicher Abstimmung über den Antrag Schwarze mit 159 gegen 158 Stimmen bei 3 Enthaltungen für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Haupt (Soz.)

beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Reifhaus (Soz.): Die Beweisführung hat die Richtung der im Wahlprotokoll erhobenen Behauptung in Bezug auf die Wahl in Mörtern ergeben; entgegen dem Wahlreglement hat nicht der Wahlvorsteher die Wahl Urwert in die Urne gelegt...

In schöner Einigkeit sehen wir Wahlort her, Weisiger und Amtsbücher im Wahllokal konservative Wahlagitation treiben, was dem Gese durchaus widerspricht...

ist ein Beschluß im allerstärksten Sinne des Wortes. Die Art der Beschlußfassung ist eine Willkür, und alle Parteien haben ein Interesse daran, solche Dinge zu beseitigen...

Abg. Dr. Veder (Vpt.): Im Falle Haupt liegen die Dinge ganz anders als im Falle Veder. In Wädern sind nicht Verstöße gegen das Wahlreglement, sondern nur Wahlbeeinträchtigungen vorgekommen...

Abg. Dr. v. West (nat.) bittet ebenfalls im Sinne der Kommission zu beschließen.

Abg. Dr. Neumann-Doser (Vpt.): Die Behauptung der Wahlbeeinträchtigung in Wädern befindet sich in einem Gegenprotokoll und aus solchen Behauptungen sind bisher nie Folgerungen gezogen worden...

Abg. Schmidt-Wesken (Soz.): Darüber, daß in Wädern Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, war man sich in der Kommission einig. Nur über die Folgen war man verschiedener Meinung...

Der Antrag Albrecht auf Gültigkeitserklärung wird zurückgezogen zugunsten eines Antrags auf Zurückverweisung an die Kommission zur nochmaligen Prüfung.

Darauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Auf Antrag Bassermann (nat.) soll morgen ein Scherenschnitt stattfinden. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Antrag Bassermann auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zur Regelung des Summationswesens...

Preussisches Abgeordnetenhause.

In der Diensttagssitzung des Dreiklassenhauses unterzogen unsere Genossen die Sozialpolitik des Herrn Schönbauer einer gründlichen Kritik.

Zunächst sprach Genosse Borchardt über die Fortbildungsschulen, wobei er als den Grund des Verlangens der Schwachen nach der Einführung des Religionsunterrichtes das Fehlen des Interesses, die Jugend in uninteressanten Dingen zu beschäftigen...

Bei einem späteren Kapitel hatte Borchardt Gelegenheit, das territorialistische Verhalten einer Arbeiterpartei darzustellen, die den Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitern durch die einzelnen Meister in freierem Widerspruch gegen die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung...

Der Minister antwortete erst, nachdem Siebnacht ihn kräftig beschworen hatte und er erklärte rund heraus, daß er in dem Kampf einer freien Gewerkschaft gegen die patriarchalen Meister sich verhalten würde...

Aus aller Welt.

Eine schwere Dynamitexplosion.

Ein Telegramm aus Ojón in Chile ist im Safen von Ojón eine Dynamit-Mine explodiert. Bisher hat man unter den Trümmern über 60 Leichen hervorgeholt. Etwa hundert Personen haben schwere Verletzungen erlitten. Unter den Getöteten befindet sich auch ein General.

Die antarktische Südpolexpedition verunglückt. Professor David, der einst Shackleton auf der Südpolexpedition begleitete, hat folgenden Bericht aus Adelieland (via Mag. Macquarie-Insel) erhalten: Rawson, der Leiter der antarktischen antarktischen Expedition, und mehrere seiner Leute vertriehen das Expeditionsschiff „Aurora“ infolge widriger Umstände...

Explosion im spanischen Feuerwerkslaboratorium. Eine schwere Explosion erfolgte am Dienstag vormittag im spanischen Feuerwerkslaboratorium auf dem Gelände in Spandau. Als mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, Zündhütchen zu bestreuen, explodierte die Masse plötzlich. Ein Arbeiter wurde durch die Gewalt der Explosion tödlich in Stücke gerissen und war sofort tot. Eine Arbeiterin erlitt schwere Verletzungen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht ermittelt.

Während der Fahrt auf dem Bergweg gekürzt. Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich gestern auf der letzten Bahn ereignet. Der Inspektor Frith Lucas, der sich auf der Fahrt nach Berlin befand, hatte kurz vor der Station Kalkenow mit zwei anderen Reisenden auf der Plattform eines Waggon gestanden, als ihm von einem Windstoß der Hut vom Kopf rissen wurde. Bei dem Versuch, den Hut noch zu ergreifen, verlor er sich auf den Kopf und verlor das Gleichgewicht und stürzte vor den Augen der anderen Fahrgäste...

vom Juge herab. Es wurde sofort die Notbremse gezogen und der Zug zum Halten gebracht. Es fand man in befürchtungsvollem Zustand auf den Gleisen vor. Er hat schwere innere und äußere Verletzungen erlitten und wurde in hoffnungslosem Zustand ins Ratzenower Krankenhaus eingeliefert.

Eine Schreckenszweige. Auf der Brücke „Ludwig“ bei Eilen hat sich gestern eine Schreckenszweige abgeipelt. Der Maschinenführer Niehlering wurde von dem Bergmann Unterstell, mit dem er wegen des ausgefallenen Lohnes in heftige Differenzen geraten war, durch einen Revolveranschlag mitten in das Herz auf der Stelle getötet. Von mehreren Volkspolizisten verfolgt, gab der Mörder Unterstell mehrere Schüsse auf diese ab, wodurch ein Volkspolizist am leichtesten verletzt wurde. Schließlich gelang es den Volkspolizisten, den Mörder Unterstell zu verhaften. Er wurde sofort nach dem Gerichtsgefängnis abgeführt.

Glücklicher. Gestern in später Abendstunde entwickelte sich vor einem größeren Kineamatographentheater in der Lurmerstraße im Norden von Berlin eine große Schlägerei zwischen einer Gruppe junger Leute. Bei der einen der Beteiligten sein Leben verlor. Die jungen Leute waren nach der Begehung dieses Kineamatographentheaters in einem heftigen Streit geraten, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Hierbei wurde der 19-Jährige Arbeiter Willy Kainow mit zwei Schüssen in den Brust getroffen und mit allen Mitgliedern gefährlichen Instrumenten bedroht. Als endlich die Polizei auf der Bildfläche erschienen war, war der Schwerverletzte, aus vielen neuen Blut- und Schweißwunden blutend, schon tot. Als Hauptverursacher und Mörder wurde der 18-Jährige Arbeiter Arth. Götter ermittelt und noch mitten in der Nacht aus dem Bett heraus verhaftet.

Widerers Ende. Bei Deutschemthal (Galle a. d. S.) überraschte am vergangenen Sonntag ein Furchtbarer Bergmann Arbeiter und seine beiden Söhne beim Wätern. In der Notwehr erschoss der Fluchtflüchtige den Vater und verwundete beide Söhne. Er selbst wurde leicht verwundet. Die Söhne sind verhaftet worden.

Rechtsschickungen verheißt. Die Neudorfer Kriminalpolizei nahm am Montag eine Gesellschaft von zehn Schülern im Alter von 8 bis 12 Jahren in Haft, die in der letzten Zeit ausschließlich von Diebstählen in Läden, Kiosken und Schaufenstereinträgen lebten. Die jugendlichen Diebe sollen der Fürsorgeanstalt übergeben werden.

ein Schaffner erlitten Knochenbrüche und 18 Personen leichte Verletzungen.

Ein Dampfer gestrandet. Wie der in den Stolomünder Hafen wieder eingelaufene Vergungsdampfer „Rügen“ mitteilt, ist Dampfer „Lor“ auf See gestrandet und wegen Gefahr des Versinkens bei Rügen in der Nähe des Rettungsschuppens von Rügen auf den Strand geschleppt worden.

Meine Notizen.

Aus Seenot gerettet. Mittels des Raketenapparates hat die Rettungstation Rügen der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger von dem schwedischen Dampfer „Lor“, der an der Lupoarmündung strandete, sechs Personen gerettet.

Folgen einer schweren Explosion. In dem Neudorfer Gasse in Neudorf bei Esterwerda erfolgte Sonnabend abend 10 Uhr eine furchtbare Explosion, durch die die Neudorfer Eheleute schwer verletzt und ihr Sohn getötet wurde. Auch am Gebäude wurde großer Schaden angetan.

Schweres Fabrikunglück. In Bitteren in Belgien geriet in einer Fabrik das 16000 Kilogramm schwere Schwungrad einer Maschine. Bei dem Unglück erlitten drei Personen lebensgefährliche Verletzungen und das ganze Fabrikgebäude wurde zerstört. Über 300 in der Fabrik beschäftigte Arbeiter sind auf den Boden hinaus geschleudert.

Zu Lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Der vom Schöffengericht zu Kalkenow wegen Ermordung des Stellmachereifers Wagner zum Tode verurteilte Stellmachereifer Wilhelm Meis wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Er hat seine Strafe bereits angetreten.

Ein Kind verbrannt, ein zweites schwer verletzt. Bei einem am Dienstag vormittag stattgefundenen Wohnungsbrand in dem Wiener Bezirk Favoriten ist ein einjähriges Kind verbrannt, ein zweites erlitt lebensgefährliche Brandwunden.

Unfall auf einer St. Moritzer Sportbahn. Bei dem Rennen um den Post Cup auf der berühmten Rennbahn in St. Moritz verunglückten zwei Konkurrenten. Einer von ihnen, Herr Knapp, der dritte Stelle hatte, erlitt schwere Verletzungen; er wurde mit zerstückelten Rippen ins Krankenhaus aufgebracht, eine Oberschulter war ihm bei dem Sturz völlig abgerissen worden.

Unfall auf der Paradiesbahn. Der Leiter der Paradiesbahn, Herr Knapp, erlitt bei dem Unfall auf der Paradiesbahn schwere Verletzungen; er wurde mit zerstückelten Rippen ins Krankenhaus aufgebracht, eine Oberschulter war ihm bei dem Sturz völlig abgerissen worden.

Einladung der „neutralen“ Staatsverwaltung im wirtschaftlichen Kampf... Am Mittwoch geht die Beratung weiter.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Ein tarifschlichtiger Zigarettenfabrikant. Unter dieser Epithete veröffentlichte wir vor kurzem eine Notiz, nach der die Firma M. Cohn, Klosterstraße 80, den mit uns abgeschlossenen Tarif gebrochen und gleichzeitig einen neuen Betrieb...

Die Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Janu Schiedspruch im Metzergewerbe. Der Schiedspruch wurde am Montag Abend verkündet. Er beruht im allgemeinen auf den Ergebnissen der Verhandlungen in den Kantonsämtern...

Die Lohnhöhungen sind auf die drei Vertragsjahre verteilt und treten mit Abschluss des Tarifs resp. am 1. März d. J. 1913, 1914 und 1915 in Kraft.

Unter den Städten für die eine Arbeitszeitverkürzung bewilligt wurde, befindet sich Breslau. Wegen des Arbeitsnachweises erklärten die Inparteilichen, daß sie durch die neue Fassung des Tarifvertrages eine weitere Förderung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage bezweckt hätte.

Die Beratungen über des Gesamtergebnis der Tarifverhandlungen beginnen am 26. Februar in einer zu diesem Zweck beiderseits einberufenen außerordentlichen Generalversammlung in Berlin.

Das Straßensystem im Ruhrbergbau. Im Jahre 1912 wurden auf 181 Strecken des Ruhrreviers Straßgelder vereinbart:

Table with 2 columns: Item, Amount. Beizen fördern unreiner Kohle: 362 888 Mark; Beizen sonstiger Vergehen: 563 093 Mark.

Summa 900 986 Mark

Neunhundertsechszigtausend Mark in einem Jahre! Das ist ungeheuerlich. Die ungerechtesten Bestrafungen sind die wegen Förderung unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen.

Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht angezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 181 Schachtanlagen noch auf 102 658 Mark.

Mit diesem Geld treiben die Unternehmer Kohlfahrt. Es fließt in eine auf jeder Strecke vorhandene Unterfüllungsfasse. Daraus werden durch Kantanten in Rot geratene Arbeiter unterführt.

Lohnbewegung im Parteisattler- und Sattlergewerbe. Nach 14 tägigen Streit konnte mit der Firma A. Nitzke, Gagnau, Arbeitervertrag ein Tarif abgeschlossen werden, wonach die Arbeitszeit von 55 auf 51 Stunden reduziert, die Löhne der Sattler um 4 Pfennige, die der Arbeiterinnen um 3 Pf. die Stunde erhöht wurden.

In Bremen befinden sich die Geschirr-, Auto- und Zeitungsarbeiter. In Heilbrunn die Arbeiter in einer Tarifbewegung. Jagus nach den letzten genannten Orten ist streng ferngehalten.

Wichtig! Schanzinger! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Siebmann (Schulzstraße 11) in Offenbach a. M. haben wegen Lohnrückzahlung die Arbeit eingestellt.

Wachposten aller Art. In New York, Chicago, Philadelphia und anderen Städten eröffneten die Postämter eigene Postämter, um die erkrankten Arbeiter der landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen.

Staat gibt es 425 Fabrik- und Arbeitsinspektoren für 288 491 Fabriken mit 6 615 046 Arbeitern auf einem Flächenraum von über drei Millionen Quadratmetern.

Dänemark. In Dänemark gibt es 87 Gewerkschaftsschlichter mit 110 000 Mitgliedern. Im Jahre 1910 wurden in diesen gewerkschaftlichen und mit den modernen Hilfsmitteln ausgerüsteten Betrieben 1 1/2 Millionen Stück Vieh geschlachtet.

Norwegen. Der diesjährige Gewerkschaftslongaree wird am 22. Juni in Christiania beginnen. Die gewerkschaftliche Landeszentrale verfaßt sich eine interessante Statistik über die Arbeitszeit in Handwerk und Industrie.

Table with 3 columns: Category, Number of workers, Percentage. Weekly 60 hours: 49,168 (71.6%); Weekly 50 hours: 11,421 (16.6%); Unspecified: 5,102 (7.4%); Total: 65,691 (100%).

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in Handwerk und Industrie betrug 57,4 Stunden, pro Tag 8,9 Stunden, Sonnabends dagegen nur 7,8 Stunden.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Oblau, 26. Februar. Gewerkschaftsartikel. In der Sitzung des Gewerkschaftsartikels erfolgte der Bericht der Lokalkommission, sowie des Bildungsausschusses. Der Bericht der Lokalkommission gab Genosse Jaskolski der hervor, daß von den Sozialisten noch keine Nachricht auf die Anfrage wegen Vergabe ihrer Säle eingegangen ist.

Brög, 26. Februar. Schwurgericht. Am Montag wurde gegen den früheren Konzernisten, jetzigen Haushälter Wilhelm Klose aus Oblau wegen schwerer Untugendtätigkeit und Betruges verurteilt.

Wien-Sonntag, 26. Februar. In religiösen Bahnsinn ist die Bedamme Frau Schiebille von hier verfallen, und mußte in die Provinzialheilanstalt nach Brien gebracht werden.

Stak, 26. Februar. Scharfe Patronen. Angriffe auf den Militärposten am Wagenhaus des Schätzerberges sind nachts von johlenden Burchen verübt worden.

Stak, 26. Februar. Vier Brände in einer Nacht. Eine aufregende Nacht hatten die Bewohner von Kengersdorf, da kurz hintereinander an nicht weniger als vier Stellen gefährliche Brände durch Verdröherhand angelegt wurden.

Stak, 26. Februar. Die Kantinen des Herrn Grafen. Die Kantinen des Herrschafts über Mühl haben sich schon sehr alt - und hoch werden von den jählichen Kantinen alle verunreinigten Glasgefäße in ihr brennendes Feuer mit zündfähiger Stränge herauf gelassen.

Stak, 26. Februar. Die Kantinen des Herrn Grafen. Die Kantinen des Herrschafts über Mühl haben sich schon sehr alt - und hoch werden von den jählichen Kantinen alle verunreinigten Glasgefäße in ihr brennendes Feuer mit zündfähiger Stränge herauf gelassen.

anwendende Entschädigung zu erhalten - ihre Ansprüche anerkannt werden zu machen. Aber wenn auch nur einem einzelnen Mann ein Haar gekümmert wird, trifft schwere Strafe den Verursacher.

Grundfeld, 28. Februar. Brandstiftung. Montag nachmittags 6 Uhr ging die alte, massiv gedeckte, im Wert des hiesigen Dominiums stehende Scheune in Flammen auf und bran vollständig nieder.

Witaa, dort 26. Februar. Opfer des Eises. Am Sonntag nachmittags erlitt im Ostbahnhof das vierjährige Mädchen Erich des Bahnwärters Bruno Müller ein Verbrechen.

Olo au, 26. Februar. Interessante Funde. Beim Abbau der Kellergewölbe wurde in der Wallmauer eine Inkrustation eingemauert vorgefunden, welche auf der vermauerten Seite figürliche Darstellungen, Mönche aus dem Jahre 1066 aufweist.

Fraustadt, 26. Februar. Ein Kind erstickt. In Witboyen hiesigen Kreises ließ eine Mutter ihre beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder allein zuhause, nach dem Dienstag gemacht hatte.

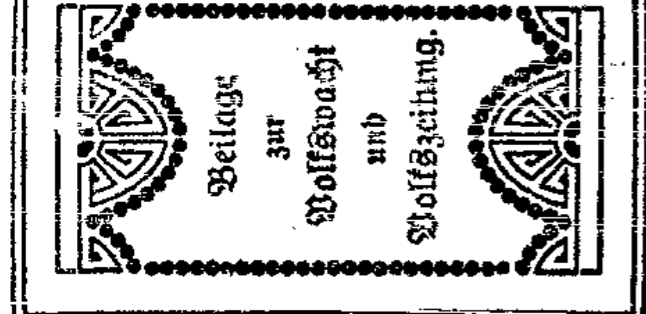
Schidberg (Bosen), 26. Februar. Todlicher Unfall. In der Fingerei in Budy wurden der 16 Jahre alte Arbeiter Johann Dittewicz von der Transmission einer Maschine erlitt und dadurch so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Wafsch, 26. Februar. Eine gefährliche Unfälle. An einem mit Laubholz beladenen Wagen hatte sich der achtjährige Fritz Jekert gehängt, er glitt ab und wurde vom Wagen ab und wurde überfahren.

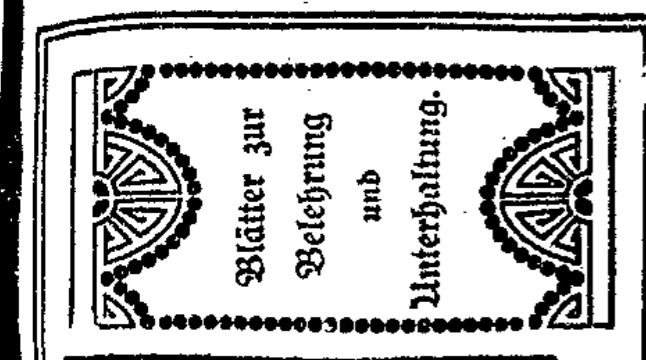
Knorr

Pilz-Suppe enthält nur außerlesene Pilze und schmeckt ganz vorzüglich! Ein Würfel für 3 Teller 10 Pfennige.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will, muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnort! Wer nun am 1. März versetzt, tut gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben.



Beilage zur Wolfswacht und Wolfzeitung.



Blätter zur Belehrung und Unterhaltung.

1913.

Breslau, den 27. Februar

1913.

erparen. Es leuchtet ein, daß Herr Richards es... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

Die größten Legenden zerfielen sich an der Meilen... (Continuation of the article from the previous page)

Im Stohlenbunter.

Von Arthur G. S. (Wachhund verleiht.)

„Komma hinaus!“ Puh, das war ein warmes... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

Die Post im Dienste der Volkserziehung. Die... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

... (Continuation of the article from the previous page)

Bermittler.

Der gewerbliche Vermittler. Die Vermittler... (Continuation of the article from the previous page)

